

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtsige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 140.

Montag, den 18. Juni 1917.

24. Jahrg.

Das liberale Erbe.

Wie den Menschen meistens zeitlich ihre Herkunft anhängt, so wirkt auch in geschichtlichen Erscheinungen ihr Ursprung, trotz allen Abstandes, den sie inzwischen von ihm gewonnen haben, oft Jahrzehnte, ja Jahrhunderte nach. So ist der Sozialismus nicht allein der Ueberwinder des Kapitalismus, sondern auch zugleich der Erbe der liberalen, politischen Gedankenwelt, wie sie sich bei der Zerstörung der alten feudalen Gesellschaft durch den Kapitalismus entwickelte.

In England gelang es bereits in vorkapitalistischer Zeit, im 13. Jahrhundert, den Herzögen und Grafen und der adligen höheren Geistlichkeit, den Absolutismus einer einzigen adligen Familie, der königlichen, zu zerbrechen, der Monarchie eine Kette anzulegen, nämlich die Verfassung. Und diese Bedeutung als Herrschaftsmittel des hohen Adels hat die englische Verfassung bis auf den heutigen Tag in weitgehendem Maße bewahrt. Daneben gewann nur im 18. und 19. Jahrhundert die liberale Bourgeoisie stärkeren Einfluß auf öffentliche Meinung und Parlament, und fügte dem Freiheitsideal gegenüber dem Absolutismus andere Freiheitsideale des Kosmopolitismus, der Gedankenfreiheit, der individuellen Freiheit, des Freihandels, also der Ellenbogenfreiheit und für die Arbeiter — nach Marx' Wort — Vogelfreiheit hinzu. Und zum Teil in diesen Verbindungen gingen die „demokratischen“ Auffassungen der Engländer in die Ideologie der ganzen Moderne und auch der sozialdemokratischen Arbeiterpartei über. 700 Jahre „Verfassung“: Wie sollten sie nicht die Kraft haben, abzufärben auf die politische Ideenbildung der ganzen Welt, die dieser Verfassung nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte! Der englische Welthandel trug die „demokratischen“ Ideen seit Jahrhunderten bis in die entferntesten Zonen.

In Frankreich hielt sich die absolute Monarchie länger als in England, bis in die Zeit des Kapitalismus. Nicht der Adel war mehr ihr Konkurrent, sondern die Bourgeoisie. Als daher 1789 das Königtum zusammenbrach, ging die Herrschaft unmittelbar an die Bourgeoisie über. Frankreich hatte aber, weil sich auf seinem Boden die intensivste Berührung des jungen Germanentums mit dem Römertum vollzog, seit dem Mittelalter die kulturelle Führung der germanischen Völker. Paris wurde die Hauptstadt der Welt, wie es vordem Rom gewesen. Und diese Vormachtstellung der französischen Nation hatte im 18. Jahrhundert ihren höchsten Grad erreicht und kam daher der Weltbedeutung der großen Revolution zugute. Der Ruhm Frankreichs erstreckte in neuem Glanze. Und wie die Jünger Mohameds mit Feuer und Schwert die ganze Welt zu ihrer Religion zu befehligen suchten, so zog das „friedfertige“ Frankreich in den Revolutionskriegen und unter Napoleon, wie Zola sagt, „mit seinen sagenhaften Siegen, unter Trommelwirbel durch Europa“, um mit ihren bürgerlichen Ideen von Demokratie und Freiheit alle Völker zu beglücken; so ziehen die Westmächte heute gemeinsam gegen den angeblichen Sitz der europäischen Reaktion, die Mittelmächte, zu Felde. Und auf Grund der Bergangenheit der europäischen Geschichte ist es kein Wunder, daß auch bei uns deutschen Sozialdemokraten die Westmächte noch vielfach als Großsiegelbewahrer der freiheitlichen Ideen angesehen werden. Die neuere Geschichte Europas ging von Westen nach Osten. Das alte, römisch-fränkische Gallien war das Bindeglied zwischen dem Altertum und der Neuzeit. Von dort ging die Kulturgeschichte über den Rhein, von dort über die Elbe, dann über Oder und Weichsel nach Rußland, und die Donau abwärts nach dem Balkan und der Türkei, um in wunderlichem Kreislauf heute in das Jugendland der Weltgeschichte, den Orient, zurückzuführen.

Diese Bewegung West-Ost muß man sich vor Augen führen, wenn man verstehen will, wie die Westmächte ihrem heutigen Kampfe den berühmtesten Kulturkämpferischen Sinn geben können; ferner, weshalb alle Welt bisher an die kulturelle Mission der Westmächte geglaubt hat; diese Bewegung muß man auch verstehen, wenn wir Deutschen, indem wir selber heute nach Verfassungsreformen streben, unsere „Vorbilder“ geschichtlich, grundsätzlich und praktisch würdigen wollen.

Ein in die sozialistische Ideenwelt übergegangenes Erbe der französischen Revolution ist der Republikanismus. Wir Deutschen müssen oft lächeln, wenn man Franzosen von dem deutschen Kaiser reden hört, als wenn er allein Deutschland wäre, als ob er allein den Krieg auf dem Gewissen habe, als ob er „seine Sozialisten“ nach Stockholm schicke und dergleichen mehr. Sie schreiben ihm eine Bedeutung für alles politische Leben in Deutschland zu, die er gar nicht hat. Und diese alberne Meinung läßt sich, abgesehen von der Unkenntnis der deutschen Verhältnisse, nur daraus erklären, daß in den Köpfen der westmächlichen Demokraten immer noch die Vorstellung ihres ehemaligen Verhältnisses zu ihren Königen lebendig ist, daß sie sich danach die deutschen Verhältnisse interpretieren und nicht begreifen, daß die Monarchie, die sich bei uns hält, eine ganz andere ist, als die, welche bei ihnen zu Fall kam, nämlich eine nicht bloß konstitutionelle, sondern auch mehr und mehr soziale.

Und wie historisch, so ist das Vorherrschende der republikanischen Ideologie auch grundsätzlich ein Zeichen des bürgerlichen Charakters dieser Freiheitsbestrebungen. Wenn man auch die Monarchie nicht für eine Verfassung von dauernder Brauchbarkeit hält, so ist für jeden marxistisch geschulten Sozialisten doch das klar, daß die Verfassungsform Monarchie oder Republik nicht der Kern des Gegensatzes von Kapitalismus und Sozialismus ist. Die Frage Monarchie oder Republik hat für uns Deutsche keine aktuelle Bedeutung. Wer von der Einführung der Republik in kapitalistischen Zeiten profitiert, das zeigt Frankreich selbst am besten: die Bourgeoisie.

Nehtlich verhält es sich mit dem sogenannten Parlamentarismus. Wie eine Partei sich zum Parlamentarismus stellt, das hängt von der Macht ab die sie durch ihn im Parlament zu erlangen hofft. So sollte es wenigstens sein.

Der englische Parlamentarismus beruht ganz auf dem Zweiparteiensystem. Und dieses Zweiparteiensystem ist nur historisch zu erklären, indem die englische Land- und Geldaristokratie sich die Beherrschung des Parlamentes gesichert hatte, ehe die Arbeiter sich als Klasse empfanden und organisierten, was ihnen bis heute nicht gelungen ist. „Die tatsächliche Zusammensetzung des Unterhauses (ohne Irland) — sagt Lönnies in einer für jeden politisch Interessierten gerade heute lesenswerten Schrift — ist in ausgesprochener Weise aristokratisch und plutokratisch als die des Hauses der Abgeordneten“ des preussischen Landtages! Unter dieser Voraussetzung aber muß es den Arbeitern gleichgültig sein, ob das Ministerium vom Parlament, in dem sie kaum vertreten sind, abhängt oder nicht. Aber außerdem ist diese Abhängigkeit vom Parlament in England nur scheinbar. Wenn das Ministerium sich aus der Mehrheit rekrutiert, dann wird für ihre Geschäfte ja geforgt. „Daher“, sagt Lönnies, „kann der englische Premier fast immer auf eine ihm willfährige Mehrheit rechnen, weil er ihr Hauptmann ist, und weil jeder, der der Mehrheit angehört, sein eigenes Mandat, vielleicht seine ganze politische Zukunft aufs Spiel setzt, wenn er den Führer öffentlich auch nur schwach kritisiert, oder gar ein Mißtrauensvotum gegen ihn unterstützt.“ Der Parlamentarismus ist also nur scheinbar. Das Kabinett herrscht, und im Kabinett der Premier. Die Arbeiterschaft ist machtlos.

Das die Sozialdemokratie ausschließende Zweiparteiensystem kommt für Deutschland nicht in Betracht. Mehr Nehtlichkeit würden unsere Verhältnisse mit den französischen haben. Als Frankreich sich 1870 wieder zur Republik bekehrte, hatten die Sozialisten schon mitzureden. Aber man kann unmöglich sagen, daß sie eine gesellschaftliche Macht waren. Deshalb bildet Frankreich ein Musterbeispiel dafür, daß sich eine bloß oder auch nur hauptsächlich politische, parlamentarische Arbeitsweise einer aufstrebenden Klasse zur Unfruchtbarkeit verurteilt, daß sie in der Luft schwebt. Der materielle Gesellschaftskörper muß dazu reifen, ehe die Sozialdemokratie hoffen kann, mit einer sozialistischen Politik wirklich durchzudringen. Daher ist das Zentrum aller sozialistischen Arbeit die wirtschaftlich aufbauende Umgestaltung der sozialen Grundverhältnisse. Ist diese noch nicht so weit gediehen, hat in der Politik die Sozialdemokratie jedoch mitzureden, so hält sie die Spannung zwischen der Unreife der tatsächlichen Verhältnisse, denen in der Politik Rechnung zu tragen ist, und den sozialistischen Zielen nicht aus und zerbricht. Und so ist na-

*) Der englische Staat und der deutsche Staat. Eine Studie von Ferdinand Lönnies. Verlag von Karl Curtius, Berlin, 1917. Mt. 3.60.

Stockholm.

Ueber den Stand der Stockholmer Kongressarbeiten sprach Branting mit einem Mitarbeiter von „Politiken“. Er bestätigte, daß nun eine Vertretung des russischen Arbeiterrates in Stockholm zu erwarten sei, die die Vollmacht haben werde, über die Teilnahme der Russen an den Arbeiten zu beraten. Die Verhältnisse in Rußland beurteilt Branting günstig. Sie entwickelten sich im Sinne der Kerenskiischen Politik, an der die anarchistischen Strömungen abgeleitet wurden. Die Ausschichten der Konferenzarbeiten findet Branting nicht schlecht, er sei darin optimistischer als Stauning, nach dessen letzten Äußerungen zu schließen. Allerdings müsse man wissen, daß es sich zunächst nur um die Wiederherstellung der internationale handeln könne. Auch über die Friedensprobleme sprach sich Branting aus. Er plädiert vom sozialistischen Standpunkt aus für eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen, da eine andere Ueberbrückung der völlig entgegengesetzten Auffassungen der französischen und der deutschen Partei in diesem Punkte nicht

mentlich von Frankreich von jeher der Sozialismus in eine ganze Reihe von kleinen Parteien und Richtungen zerfallen. Dieses Mitreden hat weiter den Nachteil, daß sozialistische Führer, wenn sie nun in der Politik stehen, den Verhältnissen zu weit nachgeben müssen und den Sozialismus verraten (Clemenceau, Millerand, Briand). Es hat weiter den Nachteil, daß zwischen den zahlreichen Parteien und Gruppen mehr Variationen möglich sind, sich bei den verschiedenen Fragen ständig neue Mehrheiten bilden und die Politik der Parteien und der Regierung in Unstetigkeit und Haltlosigkeit gerät, und die Sozialisten infolge ihrer notwendigen Zersplitterung für ihre Sache nichts erreichen. Und wenn schließlich einmal der Sozialismus gegen die Bourgeoisie zu siegen scheint, so macht sich die unerträgliche Spannung durch den Revolver Luft (Laurès).

Unter durchschnittlichen Bedingungen (von Rußland muß hier abgesehen werden) legt eine Partei das Hauptgewicht nur in dem Maße auf die parlamentarische Politik, als sie mit der Wirtschaft- und Sozialpolitik zufrieden ist. Die Sozialdemokratie hat hierzu aber keinen Anlaß. In dem aber die Demokratien der Westmächte eben in jener Weise das Gewicht verteilen, offenbaren sie ihren stark bürgerlichen Charakter. Das Kapital und das Bürgertum haben im Wirtschaftlichen Ellenbogenfreiheit; was brauchen sie mehr! Sonderbar: England war uns als der fortschrittlichste Staat angepriesen; und doch gibt es in den englischen Städten ein Elend, wie in unserem „reaktionären“ Deutschland kaum irgendwo. Frankreich ist angeblich das Land der Demokratie. Aber die Sozialdemokratie ist nirgends so stark wie bei uns. Der echte, ruhig arbeitende, nicht nach Scheinerfolgen haschende Sozialismus ist es, der den bürgerlichen Demokratien der Westmächte an uns nicht behagt.

Außerdem haben die Franzosen, Engländer und Amerikaner das richtige Empfinden, daß uns auch positiv ein besonderes Band mit der deutschen Staatsauffassung verbindet. Der Kapitalismus brachte eine Aufhellung der alten feudalen Gebundenheit des Staatslebens. „Deshalb“, sagt Lassalle, „ist die sittliche Idee der Bourgeoisie diese, daß ausschließlich nichts anderes als die ungehinderte Selbstbetätigung seiner Kräfte jedem einzelnen zu garantieren sei. . . Dies ist eine Nachwächteridee; eine Nachwächteridee deshalb, weil sie den Staat selbst nur unter dem Bilde eines Nachwächters denken kann, dessen ganze Funktion darin besteht, Raub und Einbruch zu verhüten. . . Der Zweck des Staates ist vielmehr gerade der, durch diese Vereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen, solche Zwecke, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne nie erreichen konnten, sie zu befähigen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen sämtlich als einzelnen schlechthin unerreichlich wäre.“ In diesem Gedanken begegnet sich aber der Sozialismus mit der deutschen Staatsauffassung.

Nun hat sich in diesem Kriege gerade der gerühmte englische Staat als durchaus unzeitgemäß und wenig tragfähig erwiesen — daher die Wut! — und sich, als echter Bourgeoisstaat bisher der klassischen Vertreter jener Nachwächteridee, gezwungen gesehen, an die deutsche Staatsauffassung ganz wesentliche Zugeständnisse zu machen. Und das Deutsche Reich wiederum hat an den Sozialismus Zugeständnisse machen müssen. Außerdem hat jetzt im Kriege alle Welt die angeblichen Freiheitsideale der westmächlichen Bourgeoisie durchschaut. Damit verlieren die westlichen Völker die kulturelle Führung mehr und mehr. Sie verschieben sich unnahehaftlich von West nach Ost. Auch wir Sozialdemokraten streifen das liberale Erbe ab und sehen sich immer kräftiger als wahr erweisen, daß nicht mehr der Sozialismus der Westmächte der zukunftsfräftigste ist, sondern der deutsche.

möglich sei. Als weitere Probleme bezeichnet Branting Polen und die Frage der Entschädigungen.

Auf Grund einer Unterredung mit Camille Huysmans wird in „Politiken“ über die Vorgeschichte der jetzigen Stockholmer Verhandlungen berichtet. Huysmans erzählt, daß er selber, obwohl er selber einhalb Jahre in dem besetzten Teile Belgiens lebte, niemals die Verbindungen mit den deutschen und den französischen Abteilungen der Internationale aufgegeben habe. Die Vorbereitungen der jetzigen Konferenz waren die neutrale Zusammenkunft in Kopenhagen, die der Alliierten in London und die der Zentralländer in Wien, alle im Jahre 1915. Danach folgten die Versuche ein, um internationale Zusammenkünfte im Haag zustandzubringen. Diese Versuche scheiterten immer wieder an dem unüberwindlichen Widerstand Frankreichs. Als Vertreter Englands war Henderson bereit, zu kommen, aber Frankreich verhinderte das. Erst die russische Revolution war imstande, den Widerstand der französischen Sozialisten zu brechen. Jetzt werden die Franzosen nur noch durch die Papstverweigerung zurückgehalten, ebenso wie die Engländer durch die Resistenz der Seeflote.

Hamilton Macdonald erklärte einem Mitarbeiter der Times gegenüber, er selbst habe nicht gewünscht, sich nach Petersburg zu begeben. Er würde nur auf ausdrückliches Ersuchen der Regierung dorthin fahren. Uebrigens habe er sich verpflichtet, in Stockholm nicht mit Ausländern über internationale Fragen zu beraten.

Die Kriegslage.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In Flandern war der Artilleriekampf abends südlich von Ypern und nördlich von Almenteres stark. Südwestlich von Warneton stießen englische Abteilungen zweimal vor; sie wurden zurückgeschlagen.

Vom Kanal von La Bassée bis zur Bahn Arras-Cambrai herrschte rege Kampftätigkeit der Artillerie. Bei Morchyn und Croisilles setzten die Engländer ihre Vorstöße morgens und abends fort. Während der Feind östlich von Morchyn glatt abgewiesen wurde, drang er südwestlich von Bullecourt vorübergehend in unsere Gräben ein. In Gegenständen, bei denen wir über 70 Gefangene einbrachten, wurde die Stellung zurückgewonnen.

Auch südwestlich von Cambrai sowie zwischen Somme und Dije zeigte sich der Feind rühriger als in letzter Zeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

An der Aisne-Front schmol das Feuer zeitweilig zu erheblicher Stärke an.

Am Chemin des Dames brachen abends Sturmtruppen eines bayerischen Regiments in die französische Stellung, südwestlich des Gehäuses Surtebise, erlitten sie den Besitz einer Bergnahe und hielten sie gegen drei starke Gegenangriffe. 25 französische Jäger nebst vier Maschinengewehren wurden hier eingebracht.

In der Champagne war vielfach die Feuerstätigkeit rege.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Keine wesentlichen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsstätigkeit westlich von Luck, südlich von Jloczow und im Karpaten-Vorland nahm zu. Bei Brzezany wurde ein russischer Erkundungsbesuch zurückgewiesen.

Mazedonische Front.

In der Struma-Niederung räumten die Engländer mehrere Detachments, nachdem sie von ihnen in Brand gesteckt worden waren.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Russische Geschütze in Bulgarien stellenweise härter. Sonst nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kampfhandlung am Piave hält an. Auf dem Piave-Vak ist die Tätigkeit des Feindes sehr lebhaft. Auf dem Grenzflusse südlich des Eugana-Tales entwickelten sich gefechter wieder heftige Kämpfe. Der Feind wurde zurückgeschlagen. Im Gebirgsgebiet schürzte ein feindlicher Versuch. Am Adamello-Abhang bemächtigte sich der Gegner eines in die Gletscher vorgeschobenen Postens.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der ungarischen Ostgrenze stellenweise Patrouillen-Gefechte. Bei Brzezany wurden russische Erkundungsabteilungen zurückgewiesen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Österreichisch-ungarische Flugzeuggeschwader warfen im Gebirge auf die italienische Jagdabteilung Messia mit Erfolg Bomben ab. Sonst nichts von Belang.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Frankreich und Belgien.

Die gegnerischen Kriegsberichte.

Frankösischer Bericht vom 16. Juni. Wir schlugen verschiedene feindliche Handstreichs auf unsere linken Flanken in Richtung auf Höhe 301, in Gegend der Haas-Höhen und östlich von Badonvillers ab. Wir drangen unterirdisch in die verlassenen Schützengräben östlich Reims ein und machten Gefangene. Ziemlich lebhaftige Artilleriekämpfe im Abschnitt Craonne und westlich des Cornillet-Berges.

Abends: Ziemlich große Tätigkeit der beiden Artillerien nördlich und südlich der Aisne sowie in der Champagne im Abschnitt von Cornillet, Blonderges und in der Gegend von Courcy. Wir nahmen wieder ein Grabenkübel ein, worin eine feindliche Abteilung morgens Fuß gefasst hatte. Die Besatzung wurde getötet oder gefangen.

Belgischer Bericht: Die Artillerietätigkeit war an der belgischen Front schwach, außer bei Etenstratte und bei Het Sas, wo sie nachts ziemlich lebhaft war.

Englischer Heeresbericht vom 16. Juni: Die Donnerstags genommenen Stellungen südlich des Comines-Kanals wurden gestern nach heftiger Artillerievorbereitung vom Feinde angegriffen. Dieser wurde an allen Stellen abgewiesen.

Abends: Unsere Truppen machte heute weitere Fortschritte im Abschnitt der Hindenburg-Linie nordwestlich Bullecourt, wobei sie Gefangene machten. Gelegentliche Fliegerstätigkeit. Wir hielten sechs Flugzeuge in unseren Händen, während 10 andere außerhalb unserer Sicht zum Abfliegen gezwungen wurden. Eins unserer Flugzeuge wird versenkt.

Beize gegen Ribot.

Später Blätter melden aus Paris: Nach den Reden Ribots und Bismarcks ging die Kammer zur Einberufung der parlamentarischen Budgetkommission über. Bei der Einberufung der eigentlichen Kriegskredite verlangte der Reichshaus Brizon für die Soldaten die Unterbrechung von Steuern, Verbesserung der Ration, Auszahlung der Schützengrabensolidifikationen, mehr Urlaub und Herabsetzung der älteren Jahreslöhne. Brizon tabelte die Beischlüsse Ribots, was Kratesinje auf der Rechten der Partei, ausgenommen der linken, hervorrief.

Deschanel ließ Brizon zur Ordnung der Finanzen einen Feindes am jenseitigen See juchende. Deschanel erwiderte, nur die Kammer und die Regierung könnten über

solche Frage sprechen. Es sei verwunderlich, daß ein Abgeordneter so sprechen könne. Deschanel hat die Kammer, den Worten Brizons nicht allzugroße Bedeutung beizulegen. Die Kammer nahm sodann durch Handaufheben den Artikel über die eigentlichen Kriegskredite und einen Zusatzantrag an, wonach der Kriegssold nur Frontoffizieren ausbezahlt werden soll. Nach längerer Ausführung wurde er an den Budgetausschuß zurückverwiesen. Die Kammer nahm die Kredite für die vorläufigen Staatshaushaltszweckel für das dritte Vierteljahr mit 535 gegen 4 Stimmen an.

Vor der Abstimmung über die vorläufigen Staatshaushaltszweckel in der Kammer verlas Renaudel namens der sozialistischen Partei eine Erklärung, die die früheren Erklärungen erneuert und sagt: Die sozialistische Partei wird für die Kredite der nationalen Verteidigung stimmen, indem sie sich den Anstrengungen aller Alliierten anschließt, um von den Mittelmächten die Wiederherstellung des Rechtes Elsaß-Lothringens, das 1871 verlegt wurde, zu verlangen, sowie die den besetzten Gebieten und unterdrückten Nationen gebührenden Wiedergutmachungen und endlich einen Frieden zu erlangen, der sich auf die zwischenstaatliche Gerechtigkeit und das Recht der Völker gründet, selbst über sich zu bestimmen. Unsere Soldaten werden so die Gewißheit haben, daß der durch den Angriff der Mittelmächte eröffnete Krieg nur durch deren Schweigen über die Kriegsziele, die sie erreichen wollen, verlängert wird. Renaudel versicherte, Frankreich wolle die freie Entwicklung seines Volkes hindern. Es suche keine Eroberung und bedauere, daß die Regierung der Vaterlandsliebe der Sozialistenvertreter für Stockholm kein Vertrauen geschenkt habe.

Am Schluß der Kammer Sitzung warf der Abg. Dalbiez die Frage auf, an welchem Tage endlich die Interpellation über die letzte Offensiv und den Wechsel im Oberkommando beiproben werden sollen. Es muß bemerkt werden, daß diese Anfrage des Abg. Dalbiez eine Vorgeschichte hat. Man wußte in der Kammer, daß die Regierung dieser Interpellationsverhandlung aus dem Wege gehen wollte, weil sie sich, ebenso wie zahlreiche Abgeordnete, davon überzeugt hat, daß die langen geheimen Sitzungen des Parlaments die Nervosität, welche sich seit der russischen Revolution und seit der letzten verunglückten Offensiv der Truppen an der Front bemächtigt hat, eher gesteigert als beseitigt haben. Auf der linken bestand deshalb eine starke Strömung, eine geheime Sitzung zu vermeiden und auf einer öffentlichen Aussprache zu bestehen. Die Fraktionen hielten deshalb vor der Sitzung Beratungen ab und es wurde viel hinter den Kulissen verhandelt. Schließlich erklärte sich die Fraktion der Radikalen und Radikalsocialisten, weicher der Kriegsminister Painleve selbst angehört, mit der Vertagung der Interpellationen einverstanden, unter der Voraussetzung, daß der Minister im Plenum der Kammer eine Erklärung abgibt, die geeignet sei, die Soldaten an der Front zu beruhigen. Der Kriegsminister entsprach dieser Bedingung. In seiner Erklärung gibt er den Soldaten die Versicherung, daß keine mörderische Offensiv mehr unternommen werden solle und daß die nächste Aufgabe sich darauf beschränke, solange Stand zu halten, bis die heißersehnte amerikanische Hilfe eingetroffen sei.

Rußland.

Zur Revision der Bündnisverträge.

Eine Meldung der Petersburger Telegraphenagentur besagt: Bei dem Besuche, den Albert Thomas den Mitgliedern der vorläufigen Regierung abgestattet hat, hat der Minister des Aeußeren, Tschereketella, dem französischen Minister vor seiner Abreise nach Frankreich folgendes Schriftstück überreicht:

Die russische Revolution ist nicht nur eine Umformung der inneren Organisation Rußlands, sie ist auch, und zwar in erster Linie, ein Faktor moralischer Art, ein Faktor, der den Willen des russischen Volkes klarlegt, sein Ideal von Gleichheit, Freiheit und Recht, nicht nur im Gebiet der inneren Politik des Landes zu verwirklichen, sondern auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Dieser Wille ist die Quelle, weicher die russische revolutionäre Regierung ihre Kraft entnimmt. Ihm zu dienen ist ihre erste Pflicht. Rußland verteidigt beim Kampfe mit dem Feinde den großen Gedanken der Freiheit und hat als Kriegsziel die Ausprägung eines allgemeinen Friedens auf der Grundlage, jedes gewalttätige Vorgehen von einer Seite, möge sie sein welche sie wolle und ebenso jeden imperialistischen Versuch in irgend einer Form auszuschließen. Rußland nährt feierlich Eroberungspläne und stellt sich jedem derartigen Vorgehen entgegen. Getreu diesen Grundzügen ist die russische Nation seit entschlossen, die imperialistischen Ansprüche des Feindes, seien sie offen oder verhehrt, zu bekämpfen, sowohl auf politischem, wie auf dem Gebiete der finanziellen oder wirtschaftlichen Interessen. Wenn es trotzdem Meinungsverschiedenheiten zwischen unserer Regierung und den alliierten Regierungen über die Kriegsziele bilden konnten, so zweifeln wir nicht, daß die enge Vereinigung, die zwischen Rußland und seine Alliierten besteht, ein völliges Einvernehmen über alle Fragen auf Grund der Grundzüge, von denen die russische Revolution bezeugt ist, sicherstellen wird. Unergütlich der gemeinsamen Sache der Alliierten verbunden, nimmt die russische Demokratie den Entschluß der alliierten Mächte mit lebhafter Freude auf, die sich bereit erklärt haben, dem Bunde der vorläufigen Regierung Rußlands nachzukommen, die Vereinbarungen, die die endgültigen Kriegsziele betreffen, einer neuen Durchsicht zu unterziehen. Wir regen zu diesem Zwecke die Zusammenkunft von Vertretern der alliierten Mächte an, die demnächst stattfinden könnte, sobald sich günstige Bedingungen dafür bieten. Aber eine der Vereinbarungen, diejenige, die am 5. September 1914 in London unterzeichnet und später veröffentlicht wurde und die die Möglichkeit der Schließung eines Sonderfriedens durch eine der alliierten Mächte ausschließt, soll auf der Zusammenkunft nicht zur Diskussion gestellt werden.

Eine soziale Tat in Rußland.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Die vorläufige Regierung schaffte das Gesetz ab, das unter der alten Regierung die Verwendung von Frauen und Kindern bei der Reparatur und in den Bergwerken gestattete.

Der Sieg des sozialistischen Blocks bei den Stadtratswahlen in Petersburg.

Das endgültige Ergebnis der Stadtratswahlen in Petersburg ergibt für den sozialistischen Block 507982 Stimmen. Die bürgerlichen Parteien erhielten 166309 Stimmen, was die Stimmungen mit der Gleichgültigkeit dieser Parteien für die Wahlen erklären. Die Maximalisten erhielten 117760 Stimmen.

England.

Freilassung irischer Gefangenen in England.

Reuter meldet aus dem Unterhaus: Bonar Law gab die Freilassung der irischen politischen Gefangenen mit folgenden Worten bekannt: Die Regierung erwog die Lage der irischen Gefangenen lange und besorgte. Sie fühlte, nach sorgfältiger Prüfung angeht des herannahenden Zusammentritts des Konvents, worin die Iren selbst zusammenkommen werden, um das schwierige Problem der künftigen Verwaltung ihres Landes zu lösen, daß dieser große Versuch eine neue Zeit in den Beziehungen zwischen Irland, dem vereinigten Königreich und dem Reich bezeichnen wird. Es ist daher außerordentlich wünschenswert, daß der Konvent in der Stimmung des Einvernehmens und guten Willens zusammentritt, woran alle Parteien vorbehaltlos teilnehmen können. Nichts könnte bedauerlicher sein, als daß das Werk des Konvents von Anfang an durch verbitterte Vereinigungen beeinträchtigt wird, die vielleicht sogar die Regelung verhindern könnten, die wir alle hoffnungsvoll erwarten. Unter diesen Umständen entschied die Regierung, daß sie die Ernsthaftigkeit, mit der sie an den Konvent herangeht, nicht besser beweisen kann, als dadurch, daß sie die Hauptursache der ersten Mißverständnisse, die hierüber bestehen und die innerhalb ihrer Macht liegen, beseitigt. Die Regierung entschied daher, alle Gefangenen, die sich im Zusammenhang mit dem jüngsten Aufstand in Irland befinden, ausnahmslos freizulassen. Develin, der Führer der irischen Nationalisten, drückte seine Dankbarkeit für den Entschluß der Regierung aus. Wardle (Arbeiterpartei), Eugen Wason und die schottischen Liberalen Ellis, Griffith und Walliser drückten ihre herzlichste Zustimmung zu der Handlungsweise der Regierung aus.

Der Balkanrieg.

Vorarbeit für Benizelos.

Das nächste Ergebnis des Ententeattentats gegen die bisherige regierende Gemalt in Griechenland wird die Rückkehr Benizelos nach Athen sein. Daran ist nicht zu zweifeln. Auch aus Ribots Erklärungen ergibt es sich, und wenn, wie Reuter meldet, der Oberkontrollleur der Entente Jonnard dem griechischen Ministerpräsidenten Zaimis nunmehr mitgeteilt hat, er habe Befehl, die Blockade aufzuheben, so wird auch diese Maßregel darauf berechnet sein, für alles weitere, was die Entente auf griechischem Boden unternommen wird, die nötige Stimmung zu schaffen. Hungernde Massen sind schlechte Garanten von „Sicherheiten“, wie die Entente sie im Rücken ihres Heeres braucht.

Bei Besprechung der Ereignisse in Griechenland gab Ribot im Senat dieselben Erklärungen ab, wie in der Kammer. Er erklärte, Prinz Alexander trage augenblicklich die Krone unter der Bedingung der Bestätigung durch die verfassunggebende Versammlung. Zaimis bleibe an der Spitze der Regierung. Benizelos werde sich nach Athen begeben, sobald die Veröhnung gesichert ist. Ribot stellt fest, daß der König von Griechenland nicht als Gefangener der Alliierten betrachtet werde. Wenn er sich nach Deutschland begeben, so würde er nur seine wirklichen Gefühle verraten. Ribot zweifelt nicht an den Folgen der Abreise, deren Bedeutung die ganze Welt begreife. Sie sei für Frankreich ein moralischer Sieg, den man nicht abismachen dürfe. (?)

Was die Entente für die Folge erwartet, läßt sich aus folgenden Meldungen Reuters erkennen: Die Annahme ist berechtigt, daß die venizelische Regierung demnächst nach Athen übersiedeln und die am 30. April erwähnte Kammer, die König Konstantin auflöste, einberufen wird. Es darf angenommen werden, daß die Abdankung des Königs die Wiedervereinigung beider Teile Griechenlands und einen Wendepunkt des Balkanfeldzuges bedeutet. Diese mit ihrem Räder und fettem Hoffen gespielte Meldung stammt aus Saloniki, also aus dem Lager der Sarrail und Benizelos.

Man wird also nicht etwa Kewahlen in Griechenland vornehmen, denn die könnten der Entente die Antwort erbringen, die den begehrenden Bergewaltigungen entspricht. Kurzzerhand wird eine Parlamentsauflösung, die immerhin verfassungsmäßig war, für null und nichtig erklärt, und das würde allerdings vortrefflich in das Bildbuch des Kampfes passen, den die Entente gegen Autokratie und für Demokratie zu führen vorgibt.

Nachzug der Engländer in Mazedonien.

Bulgarischer Heeresbericht. Mazedonische Front: Längs der unteren Struma zwischen Buzkovo- und Lahnos-See gaben die Engländer ihre bisher eingenommenen vorgeschobenen Stellungen auf und zogen sich in ihre Brückenköpfe zurück auf dem linken Ufer des Flusses zurück. Unsere Truppen besetzten Ormanli, Dolap Schiflik, Sarakli Dschunaja, Kumlit Kuepri, Prosenino, Topolowo, Kalandra, Seni Mashe, Beglik Mashe, Sal Mashe und Hakataska. Auf der übrigen Front schwache Artillerietätigkeit und erfolgreiche Erkundungsunternehmen unserer Truppen.

Der Seekrieg.

Luftangriffe. — „L. 48“ abgestürzt.

Berlin, 17. Juni. (Amtlich.) Eines unserer Marine-Luftschiffgeschwader griff in der Nacht vom 16. zum 17. Juni unter Führung des Korvettenkapitäns Viktor Schüge wichtige Festungen Südenlands mit Bomben mit gutem Erfolge an. Die Luftschiffe hatten erbitterte Kämpfe mit englischen See- und Landstreitkräften und Seefliegern zu bestehen. Hierbei wurde nach durchgeführtem Angriff „L. 48“ von einem feindlichen Flieger über See brennend zum Abbruch gebracht, wobei mit der gesamten Besatzung auch der vorgenannte Befehlshaber den Heldentod fand. Die übrigen Luftschiffe sind wohibehalten zurückgekehrt.

Die regere Tätigkeit der russischen Seestreitkräfte im Unterwasser- und Minenkrieg gab Veranlassung zu den Abwehrmaßnahmen deutscherseits, die nachstehende Ergebnisse hatten. Am 13. Juni belegten Flugzeuge den russischen Stützpunkt Lebara ausgiebig mit gutbedeckenden Spreng- und Brandbomben. Am 14. Juni wurde die auf der Insel Runoe (im Rigaer Meerbusen) befindliche Funkentelegraphenstation mit sichbarem Erfolge mit Bomben belegt. Im Haupt-

Wie in den Nebengebäuden wurden zahlreiche Brände beobachtet. — Im Anschluß an diese Unternehmung landete am 15. Juni ein Teil unserer Flugzeuge auf der Insel und zerstückte die noch übriggebliebenen Teile dieses Stützpunktes. Alle Flugzeuge kehrten nach Durchführung ihrer Aufgaben zurück. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ein kleines Seegefecht.
Reuter meldet aus London: Der japanische Marineattaché teilte mit, daß am 11. Juni eine japanische Torpedobootsflottille im Mittelindischen Meer feindliche U-Boote angegriffen habe. Das Resultat ist unbekannt. Bei dieser Gelegenheit erlitt ein japanischer Torpedojäger einigen Schaden durch einen feindlichen Torpedo. 55 Mann der Besatzung kamen ums Leben. Der Torpedojäger wurde nach einem Hafen geschleppt. Der Vertreter der Admiralität fügt hinzu: Dies ist eines der Torpedoboote, die uns so tapfer Hilfe geleistet haben bei der Rettung von Truppen und Besatzungen des Transportschiffes „Transylvania“.

Verjente Schiffe.
W.B. Berlin, 16. Juni. (Amtlich.)
1. In den Sperrgebieten des nördlichen Kriegsschauplatzes wurden durch unsere U-Boote neuerdings 21 300 Br.-Reg.-T. verjent. — Unter den vernichteten Schiffen befanden sich der bewaffnete französische Dampfer „Séquana“, 5557 Tonnen, der englische Dreimastdampfer „Dettlef Wagner“ mit einer Korladung, sowie drei fließeladene Dampfer, von denen zwei aus Geleitzügen herausgeschossen wurden, und ein großer Segler mit Stückgutladung nach Frankreich. Die Ladungen der übrigen Schiffe blieben unbekannt.

2. Von unseren U-Booten sind im Mittelmeer wieder eine große Anzahl von Dampfern und Seglern mit zusammen 22 316 Tonnen verjent. Unter diesen Schiffen befanden sich die vollbeladenen englischen Dampfer „Millicent Knight“, 3568 T., und „Baldwell“, 3118 Tonnen, welche beide aus ostwärts steuernden Geleitzügen herausgeschossen wurden, ein bewaffneter englischer Dampfer vom Typ „Bordesterhire“, 7175 Tonnen. Ferner wurde ein bewaffneter französischer Dampfer von 6500 Tonnen verjent, der in einem von zwei Zerstörern gesicherten Geleitzug von drei Dampfern fuhr.

Ein englischer Torpedobootszerstörer verjent.
Wien, 16. Juni. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote verjente am 11. Juni im Mittelmeer einen englischen Torpedobootszerstörer der B-Klasse, etwa 1000 Tonnen.

Merlei Kriegsnachrichten.

Aussichtslosigkeit schweizerischer Friedensvermittlung.
Die Schweizerische Depeschengenerale meldet: In Anlehnung an den Beschluß des Nationalrates und gemäß dem Antrage des Bundesrates beschloß der Ständerat, den verschiedenen Petitionen, wodurch der Bundesrat ersucht werden sollte, die Initiative zur Herbeiführung des Friedens zu ergreifen, nicht Folge zu geben, da die Schweiz augenblicklich nicht in der Lage sei, eine Vermittlung mit den Aussichten auf irgendwelchen Erfolg anzubieten.

Politische Rundschau.

Oesterreich-Ungarn.
Der Polenklub gegen die Regierung.
Der Polenklub, der seit dem Scheitern der Verhandlungen mit der Regierung über die Sonderstellung Galiziens eine oppositiven Haltung einnahm, beschloß mit 28 gegen 12 Stimmen, die gegenwärtige Regierung nicht zu unterstützen, dagegen mit einer neuen Regierung in Verhandlungen zu treten. Die politischen Mitglieder des Haushaltsausschusses wurden beauftragt, gegen den vorläufigen Haushalt zu stimmen, aber zugleich zu erklären, daß der Klub die Staatsnotwendigkeiten bewilligen werde, wenn eine neue Regierung das Vertrauen des Klubs erworben hat. Durch den Beschluß des Polenklubs ist die Annahme des Staatshaushalts in Frage gestellt, da alle anderen slavischen Parteien dagegen stimmen.

Aus Südeß und den Nachbargebieten.

Montag, 18. Juni.

Abenteuere „Rückgaben“. Eine seltsame „Begründung“ für die Annexion der russischen Ostprovinzen durch Deutschland, die bekanntlich von den Alldeutschen und von ihnen zu diesem Zweck gegründeten besonderen Gesellschaften verlangt wird, bringt am Sonntag morgen das hiesige Amtsblatt zur Veröffentlichung. Es wird in dem betr. Artikel, der einer auswärtigen Zeitschrift entnommen ist, darauf hingewiesen, daß vor mehreren hundert Jahren, bis zum Jahre 1588, die alte deutsche Reichsgrenze sich über die Narawa, den Weipussee entlang und dann weiter nach Süden zur Dünaburger Ceemplatte hinaus.

Das russische Volk hat also heute — das ist eine Tatsache von der höchsten Bedeutung — weder ein sittliches noch ein rechtliches Anrecht auf den Besitz von Kurland, Livland und Estland. Der unwillige Verzicht auf das viel kleinere und schwächer bevölkerte Woltenland sollte dem neuen besetzten Rußland daher gar nicht so schwer fallen. Das russische Volk in seiner Gesamtheit würde dabei fast nichts verlieren. Alle Rußen würden es begrüßen, wenn durch die Ausschcheidung der drei Provinzen das Loch zugestopft werden würde, durch das sich der Hauptstrom der deutschen Einwanderung ergoß. Wenn also Deutschland die Forderung auf Rückgabe der drei alten deutschen Provinzen stellt, nicht als Einzelforderung, sondern als einen Teil der Gesamtheit der Friedensbedingungen, wie der Reichskanzler sich ausdrückt, wenn Rußland andererseits wertvolle Zugeständnisse, Erleichterungen, Beihilfen gewährt werden, so liegt sich auf diesem Wege zu einem Verständigungsfrieden gelangen, der uns alles gibt, was wir im Osten brauchen, ohne das russische Volk zu demütigen oder einen Stachel, eine Verstimmung in seiner Seele zurückzulassen. Das wäre eine „Gebietsveränderung“ mit freier Zustimmung der beteiligten Völker, wie sie Scheidemann verlangt. Und gerade das russische Volk sollte Verständnis für die berechtigten Ansprüche der Deutschen haben.

Es ist eine ungeheure Dreistigkeit, zu behaupten, daß die Annexion der Ostprovinzen, in denen die Deutschen nur einen winzigen Bruchteil der Bevölkerung bilden, als eine „Gebietsveränderung“ zu bezeichnen wäre, wie sie Scheidemann verlangt. Weil vor mehr als dreihundert Jahren eine deutsche Fremdherrschaft in den baltischen Provinzen bestand, wird jetzt deren „Rückgabe“ gefordert. Das entspricht ungefähr dem Vorgehen der Entente, die auch keine Eroberungen, sondern nur Rückgaben und Sicherungen verlangt. Wenn man das aber als Heuchelei und Unverschämtheit zurückweist, darf man nicht selbst die gleichen Pfadewandeln. Wenn die alldutschen Heimeroberer sich dabei sogar auf angebliche sozialdemokratische Anschauungen berufen, die sie doch sonst in Grund und Boden verdammen, in diesem Falle aber obenrein in ihr direktes Gegenteil umkehren, so ist das für ihre Machinationen um so kennzeichnender.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 18. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Am Osefkanal, beiderseits von Opern, an der Ost- und von La Basse bis zum Gänsebach während der Nachmittagsstunden lebhaftest Artillerietätigkeit.

Südwestlich von Warketon, östlich von Fromelles und bei Voos scheiterten allseitige Erkundungsvorstöße. Westlich von Croisilles Schlus: wie an den Vorjahren drei Vorsätze der Engländer fehl, im Angriff Boden zu gewinnen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Im Anschluß an ein morgens mit Erfolg durchgeführtes Durchsuchungsunternehmen gegen die spanischen Gräben von Cern nahm das Feuer hier später auch in breiteren Abschnitten der Wisnefront und der West-Champagne zu. Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Kupfer einigen günstig verlaufenen Vorfeldgefechten keine wesentlichen Ereignisse. Auf dem

Westlichen Kriegsschauplatz
ist die Lage unverändert.
Mazedonische Front.
Südwestlich des Doiran-Sees wiesen bulgarische Posten mehrere englische Angriffe ab.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Gegen die Preistreiberei bei Obstpackungen. Die Preise für Obstpackungen, die gegenüber den Friedenspreisen schon im vergangenen Jahre eine erhebliche Steigerung erfahren hatten, werden jetzt vielfach zu einer Höhe emporgetrieben, die durch nichts gerechtfertigt ist. Bedauerlicherweise scheinen zum Teil auch die Gemeinden aus der Lage Vorteil ziehen zu wollen, statt bei der Verpackung der Obstpackungen durch Innehaltung angemessener Grenzen sorgfältig auf die allgemeine Preisbildung mitanzuwirken. Mühen schon hierdurch die Verpackungskosten des Obstes steigen, so ist eine Erhöhung des Verkaufspreises auch daraus zu erwarten, daß die Verkäufer dazu neigen, ihren Verdienst nach Prozenten des Einkaufs zu bemessen. Das ist bei der gegenwärtigen Notmarktlage unzulässig, muß, wie im Vorjahre, zu begründeten Klagen der Verbraucher und schließlich zu strafrechtlichen Einschreiten wegen Kriegswuchers führen. Das Kriegswucheramt ist deswegen an die zuständigen Verwaltungsstellen mit der Anregung herantreten, ihrerseits auf die Gemeinden entsprechend einzuwirken. Im wohlverstandenen Interesse der Allgemeinheit ist es auf das dringendste zu wünschen, daß diese Anregung bei den Gemeinden auf fruchtbaren Boden fällt.

Schärfere Bestrafung der Felddiebstähle. Die Ueberhandnahme der Felddiebstähle, hauptsächlich in der Umgegend der großen Städte ist geeignet, die Erzeugung von Nahrungsmitteln und damit die Volksernährung zu gefährden. Um diesem Unwesen zu steuern, hat der stellvertretende kommandierende General des 9. Armee Korps eine im heutigen Anzeigenteil unseres Blattes veröffentlichte Verordnung erlassen, die den Felddiebstahl einschließend der bisher nur mit geringen Strafen bedrohten Fälle des Wundraubes an Feldfrüchten unter die Strafen des Belagerungsgesetzes (Gefängnis bis zu einem Jahr, Haft oder Geldstrafe bis 1500 Mk.) stellt. Die Strafverfolgung tritt nunmehr in allen diesen Fällen ohne Strafantrag des Verletzten ein.

Ein größeres Schadenfeuer kam am Sonnabend abend um 7 1/2 Uhr auf dem an der Nachwehr-Allee gelegenen Grundstück der Aktien-Bierbrauerei zum Ausbruch. Es brannte dort ein aus Holz errichteter Schuppen, in dem Heu, Pferdefutter und ein großes Quantum Briketts lagerte. Der ganze Schuppen mit seinem gesamten Inhalt fiel den Flammen zum Opfer, während es der Feuerwehr gelang, das angrenzende Wohngebäude und den Pferdebestall zu retten. Die Brauerei selbst, die durch einen geräumigen Hof von dem verbrannten Schuppen getrennt ist, erlitt keinerlei Beschädigung. Auch die ganz nahe am Herd des Brandes liegende neue Wagenhalle der Straßenbahn an der Zinkenstraße blieb unversehrt. Die Feuerwehr ging mit gewohnter Umsicht und Tatkraft dem verheerenden Elemente zu Leibe. Die wüthend sichtbaren Rauchschwaden und Flammen hatten ein tausendköpfiges Publikum angelockt. Auch die Moisklinger Feuerwehr war dadurch auf die Gefahr aufmerksam geworden und erlosch mit ihrer Spritze, daß war bei ihrer Ankunft gegen 9 Uhr das Feuer bereits im Erlöschen.

Freigabe von Dachpappe. Das Volkswirtschaftliche Amt ist nicht zuständig für die Abgabe von Freigabebescheinigungen. Vorzüge der Freigabebescheinigung sind erhältlich von dem Kriegsausschuß der Rohpapp- und Dachpappindustrie, Berlin W.B., Dorothienstraße 31, und von dem Bauherrn für jeden Bau besonders in dreifacher Ausfertigung auszufüllen und an den Kriegsausschuß der Rohpapp- und Dachpappindustrie einzuliefern. Die Entscheidung auf den gestellten Antrag erfolgt durch die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums.

Eine Verordnung über die Einschränkung der Vorkriegszeit veröffentlicht das Stellvertretende Generalquartiermeisteramt im Anzeigenteil unseres Blattes. Es handelt sich dabei um recht einschneidende Bestimmungen, auf die wir hierdurch besonders hinweisen wollen.

Lungenfürsorgestelle. Wir verweisen auf die Anzeige der Lungenfürsorgestelle in unserer heutigen Nummer, wonach die morgige und die nächste Dienstagsprechstunde des Arztes auf den folgenden Mittwoch verlegt wird. Wie wir hören, ist der ärztliche Berater der Fürsorgestelle morgen und nächsten Dienstag verhindert, die Sprechstunde wahrzunehmen.

In der Magermilchversorgung Südeß zeigten sich in diesen Tagen insofern Störungen und Schwierigkeiten, als die Magermilch den Verkaufsstellen teilweise erst verhältnismäßig spät überwiesen werden konnte. Die Ursache hierfür liegt nicht in einem Mangel an Magermilch, sondern in dem Fehlen einer ausreichenden Zahl von Milchkannen. Die Hanja-Meierei hat sich, wie uns mitgeteilt wird, eine genügende Zahl rechtzeitig zu verschaffen gesucht, sie aber bisher nicht bekommen. Wie so vieles andere sind auch die Milchkannen kontingentiert und daher im freien Handel nicht mehr erhältlich. Die Hanja-Meierei hat nun weitere Kanntenlieferung bei der Reichsverteilungsstelle beantragt, dieser aber noch nicht erhalten. Hinzukommt, daß manche Stellen in der Rücklieferung der Kannen an die Meierei etwas launisch sind. Die Hanja-Meierei ist im Augenblick aus den angegebenen Gründen nicht in der Lage, den Uebelstand kurzerhand gründlich zu beheben, doch hofft sie in Bälde eine ausreichende Zahl von Kannen zur Verfügung zu haben.

Milcholonie. Auch in diesem Jahre wird für die Sommerferien die Milcholonie, die sich immer zunehmender Beliebtheit und immer wachsenden Zuspruchs erfreut, in der bekannten Weise geplant. Um möglichst viele Freizeitarbeiter ausgeben zu können, besonders für solche, die wegen mangelnder Mittel von der Ferienolonie oder der Waldschule zurückgewiesen werden mußten, wendet sich der Ausschluß für die Milcholonie durch einen Aufruf im Anzeigenteil dieses Blattes an unsere Bevölkerung mit der Bitte um reichliche Geldspenden. Wer einmal die frühliche Schar beobachtet hat, mit welcher Lust sie sich tummelt, herausgeholt aus den engen Gängen und der dumpfen Zimmerluft, wird gern sein Scherlein beitragen. Karten sind zum Preise von 6 Mk. in der Ortskrankenkasse erhältlich.

Sieben Austauschverwundete treffen heute nacht um 12.34 Uhr auf dem hiesigen Bahnhof ein. Daß sie in der Heimat soweit als möglich geheilt werden oder gesund sind, ist aller Wunsch.

Ein Postpaketmarber stand am Freitag vor der hiesigen Strafkammer. Es handelt sich um den ehemaligen Postauswechsler Bu., der im Dezember v. J. fortgesetzt etwa 7 bis 8 Postpakete, die er auf seinen Dienstjahren beim Entleeren der Postbriefkästen in diesen vorfand, sich angeignete, öfters, ihren aus Zigaretten, Tabak und Schokolade bestehenden Inhalt verwendete und die Pakete vernichtete. Das Urteil lautet auf 2 Monate Gefängnis.

Stadthallen-Sommertheater. Um den zahlreichen Wünschen aus dem Publikum zu entsprechen, hat sich die Direktion entschlossen, die Vorstellungen an den Wochentagen statt um 7 1/2 Uhr um 8 Uhr beginnen zu lassen. Am Sonnabend sogar aus Rücksicht auf den späten Beschäftigungsschluss um 8 1/2 Uhr. — Sonntags dagegen beginnen die Vorstellungen wie bisher um 7 1/2 Uhr. Um den Goldbestand der Reichsbank zu heben, wird von heute ab an der Kasse des Stadthallen-Sommertheaters sowie im Vorverkaufsgeschäft bei Vorrecht eine Einrichtung getroffen, daß für jedes eingeleistete 20-Mark-Stück ein Sperrst. Plaz, für jedes 10-Mark-Stück ein Parterreplaz gratis zur Verfügung gestellt wird.

vb. **Haustheater.** „Die spanische Fliege“, der hier bestens bekannte Schwank von Arnold und Bach, erlebte gestern im Theater an der Moisklinger Allee eine ausgezeichnete Neuaufführung. Die Besucher wurden angenehm überrascht durch ein fast völlig neues tüchtiges Schauspielensemble. Die Komiker Kellenbach und Kaurk, ersterer als Mostschäufelbräuer, Kellner, letzterer als Heinrich Meißel aus Chemnitz, waren ganz vorzüglich. Sollte man im übrigen alle Darsteller nennen, die sich um die Aufführung verdient machten, müßte man den Theaterzettel abschreiben. Das Publikum unterhielt sich köstlich über die heuchlerischen Sittlichkeitsprediger und kam aus dem Lachen nicht heraus. Herr Direktor Hummer beabsichtigt, der Pflege des Schauspielers besonders Aufmerksamkeit zu widmen. Auch neueste Stücke sollen demnächst gegeben werden.

Reinhold. Töblicher Unglücksfall. In einem unbewachten Augenblick fiel das 1 1/2-jährige Töchterchen der Familie Freistein in einen mit Wasser gefüllten Kübel und extrant. Der Vater des Kindes sieht im Felde und die Mutter muß täglich auf Arbeit gehen.

Hamburg. Unter der Beschuldigung der Untere Schenkung und der Untreue stand der frühere Reichssekretär Otto Baer vor der hiesigen Strafkammer. Es handelt sich um folgendes: Nach dem im März 1915 erfolgten Tode einer Frau K. wurde B. von dem Ehefrau der Verstorbenen als Generalvollmächtigter bestellt. Er wird nun beschuldigt, über 60 000 Mark Kriegsanleihe, die er bei Lebzeiten der Frau für diese gezeichnet hatte, widerrechtlich verfügt zu haben. B., der seit Jahren sich in der Hand eines Buchhändlers befand, behauptete, er habe nicht widerrechtlich über die Kriegsanleihe verfügt, sondern auf Grund eines Darlehensvertrages der Frau K. ebenfalls befristet über ein Sparausbuch über 2000 Mark eines Klienten unberechtigt verfügt zu haben, da er jederzeit genügend Barmittel zur Verfügung gehabt habe. Nebenbei sei in keinem der Fälle eine Schädigung eingetreten. Auf Grund der längeren Beweisaufnahme wies Oberstaatsanwalt Dr. Schön darauf hin, daß der Angeklagte nicht in kräftiger Abicht gehandelt, sondern im Augenblick einer vorübergehenden Nothlage. Er habe sich aber in beiden Fällen, wenn auch ein Schaden nicht eingetreten ist, unverschämlich gemacht. Dem Angeklagten sei zugute zu rechnen, daß er nicht in gemüthlicher Abicht gehandelt habe. Der Oberstaatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis. Die Verteidiger treten in längerer Rechtsausführung für Freisprechung ein. Das Urteil lautete dem Antrage des Staatsanwalts gemäß.

Toftlund. Bei einem Brand ums Leben gekommen. Das in Stenbarn Korderfeld belegene Mietshaus des Fuhrers Niels Möllin ist niedergebrannt. Das Haus wurde von der Familie des im Felde stehenden Arbeiters Niels Hansen bewohnt. Man vermutet, daß das Feuer durch die Kinder in Unachtsamkeit der Mutter entzündet ist. Es waren vier noch nicht schulpflichtige Kinder zu Hause, die nur mit genauer Not aus dem Feuer geholt werden konnten. Das Haus liegt weit von anderen Gebäuden. Die Kinder hatten alle Brandwunden. Das kleinste starb bald, die anderen hofft man aber am Leben erhalten zu können.

Strelitz (Mt.). Zwei Sägewerke niedergebrannt. Das in Strelitz belegene Sägewerk von Th. Weilandt und Sohn und das angrenzende Sägewerk von Emil Grimm laut großer Vorräten an Holz, Bohlen, Brettern und gegen 100 000 Kartoffelstücken sind Freitag einm. Großfeuer zum Opfer gefallen. Fünf Stunden mußten die Strelitzer und die zu Hilfe gerufenen Neustrelitzer Feuerwehr sowie die aus Neustrelitz und dem Baradenlager herbeigezogenen harten Militär-Kommandos in schwerem Kampfe mit dem entsetzlichen Elemente stehen, ehe es ihnen gelang, jede Gefahr des Weitergreifens des Feuers zu befeitigen. In dem Betrieb des Sägewerks von Weilandt und Sohn wird Tag und Nacht gearbeitet. Gegen 1/4 Uhr morgens schlugen Flammen zum Dache dieses Gebäudes heraus. Man vermutet, daß in dem dort befindlichen Späne-Abfall-Apparat durch Wärmelassen eines Lagers der Brand entzündet ist. Von hier aus griff das Feuer im Nu nach der nebenstehenden Tischlerei, den Gatterwerken, dem Maschinenraum, dem Kontor und der Schmiede über, die sämtlich bis auf die Grundmauern ausbrannten und zum größten Teil in sich zusammenstürzten. Von diesem Feuerherd sprangen die Flammen mit unheimlicher Schnelligkeit auf die nach dem Grimmischen Werk zu gelegenen großen Stapel fertiger Kisten über und setzten die Grimmische Fabrik selbst in Brand, die ebenfalls in kurzer Zeit zusammenstürzte. Nur der mächtige Fabrikshornstein ragt hier noch aus dem Trümmerhaufen empor. Und nun ergriffen die Flammen Schuppen auf Schuppen, Stapel auf Stapel der auf dem großen Komplex lagernden Holz, so daß bald das gesamte über 10 Morgen große Areal einem gewaltigen Feuermeer gleich. Endlich stiegen auch die hart an der Neubrandenburger Straße gelegene Amisheune und die Bierbühler-Rühbühne Scheune Feuer. Es gelang jedoch den sofortigen Bemühungen der Löschmannschaften, diese Gebäude zu halten und so eine große Gefahr des Weitergreifens des Feuers auf die Stadt selbst zu befeitigen. Durch Aufwerfen von Gräben gelang es ferner dem Militär, einige nach Norden zu gelegene Stapel zu retten. Das große Areal, auf dem weit über 100 Arbeiter Tag und Nacht schafften, gleicht einem rauchenden glimmenden Trümmerfeld, aus dem an zahlreichen Stellen noch immer die Flammen gierig emporzüngeln. Der Schaden beläuft sich nach vorläufiger, flüchtiger Schätzung von beteiligter Seite auf mindestens 800 000 bis 1 Million Mark.

Neubrandenburg. Eine entsetzliche Bluttat spielte sich am Donnerstag im hiesigen Armenhause ab. Hier sind im Armenhause die Kriegsgefangenen Ausländer untergebracht. Sie werden von einer Bewachungsmannschaft einer Landsturmpolizei beaufsichtigt. Einer dieser Wachleute, der Landsturmann Wilhelm Strull aus Oberhiesleben, befand sich gerade in einem Gefangenzimmer und hantierte mit seinem Gewehr. Unmittelbar vor dem vergitterten Fenster dieses Zimmers befand sich eine Schar junger Mädchen, die mit dem Ausschichten von Briketts auf dem Hofe beschäftigt war. Strull legte zunächst scheinbar auf diese Mädchen an, nahm dann aber plötzlich einen Rahmen mit fünf schmalen Patronen aus der Tasche, den er in sein Gewehr steckte und schob. Die Kugel traf zunächst einen Gitterstab des Fensters, zerplitterte diesen und traf dann die 20 Jahre alte Arbeiterin Martha Zeißner, die, am Hals getroffen, tot zu Boden stürzte. Ein zweites Mädchen namens Erna Braun, 16 Jahre alt, wurde durch denselben Schuß an Kopf und Brust schwer verletzt. Die 17-jährige Else Wünger erlitt schwere Verletzungen am Kopf und an der Hand. Der Landsturmann wurde sofort in Haft genommen.

Theater und Musik.

Stadthallen-Sommertheater. „Der Soldat der Marie“.
 Operette in 3 Akten von Buchbinder, Aren und Schönfeld; Musik von Mayer. In Berlin und Wien, aber auch in einer ganzen Reihe anderer Städte erfreut sich „Der Soldat der Marie“ einer langandauernden Beliebtheit. Nun ist er auch nach Lübeck gekommen, und hat hier am Sonntag in der Stadthalle seinen Einzug gehalten. Wenn nicht alles trügt, wird er hier wie überall ein gern gesehener Gast sein. Nicht seiner besonderen Vorzüge willen, denn die haben wir beim besten Willen nicht zu entdecken vermocht, sondern weil eben der Geschmack des Publikums solche Sachen verlangt. Vier Personen haben sich bemüht, die Operette aufzuführen; drei von ihnen verfassten den Text und einer machte die Musik dazu. Solche Massenarbeit zeitigt selten hervorragende Ergebnisse, und diese Erfahrung bestätigte „Der Soldat der Marie“. Drei Halbjuwelen, Töchter des pensionierten Längers Mamma, der jedoch seine vierte Ehe eingeht, müssen ihr Heimatdorf verlassen, weil die Mühle, in der sie zuletzt lebten, unter den Hammer kommt. Sie wollen nun anderwärts ihr Glück versuchen, sich aber nach zwei Jahren wieder treffen. Man erinnert sich wohl, daß ein ähnlicher Gedanke schon in der Posse „Lumpaci vagabundus“ anzutreffen ist. Zufällig kommt nun ein prinzipieller Schürzenjäger, Kurt v. Hausendorf, bei der Mühle vorbei, der mit zweien der Schwestern anbandelt, mit Mariann als Fiktion, mit Marie als Soldat Fritz. Dieses Doppelspiel führt zu einigen Verwicklungen, die nicht gerade aufregend sind, und endet schließlich damit, daß Kurt und Mariann ein Paar werden, während Marie sich mit einem Feldwebel als Ersatz begnügt. Die dritte Schwester bleibt im Stück unbemannt und erbt, wie man von ihr erfährt, Lorbeeren als herzogliche Hofdanzlerin in Dessau. Die Musik, die Meyer zu dieser Handlung geschrieben hat, kommt dem Bedürfnis nach Tanz und langbaren Melodien entgegen, welche heutzutage bei vielen mehr gelten, als echte und feinere musikalische Werte. Jedemfalls fanden die Zuhörer, die den Saal nicht beständig füllten, großen Gefallen daran und verlangten den doppelten Genuß der meisten „Schlager“, der ihnen auch zuteil wurde. Die Wiederholung der Operette, die Schweißguth geschrieben inszeniert hatte, war durchweg vortrefflich. Hr. Schmie den gab die Marie frisch, drall und zerkalt, Hr. Ziemann war als Mariett eine übermütige feste Krone, während Hr. Straßmann als etwas sentimental angehauchte dritte Schwester Mariann das Trio, besonders auch gefällig, wirkungsvoll vervollständigte. Sehr erheitert stellte Hr. Trebe die vierte Frau Mamma dar. Als Prinz sowie Soldat der Marie war Herr Nidderstrotz und

lebendig im Tanz, Gesang und Spiel. Aus dem stilklichen Tänzer Mamma machte Herr Pauly eine in ihrer gräßlichen Beweglichkeit köstliche Figur. Herr Baumgarten schaffte als Tambour und späterer Feldwebel Bonneberger eine gute Charge. Die Tänze hatte Hr. Maubrid sorgfältig einstudiert und sich dadurch ihren Anteil an dem Erfolg des Ganzen gesichert. Innenstehend erwähnt sei noch der Chor. Bei der Wiederholung muß darauf geachtet werden, daß in der Trauzimmer Mariann ihren Platz mit ihrer Vertreterin nicht so auffällig wechselt. Das störte die Illusion. Die musikalische Leitung lag wieder bei Herrn Kapellmeister Moritz in leichten aber sicheren Händen. Es gab vielen Beifall.
 P. L.

Ernährungsfragen.

Zu der diesbezüglichen Mitteilung des Kriegsernährungsamts teilt der „Vorwärts“ mit, daß man die fehlenden Kartoffelrationen und die „vorsichtig bemessenen“ Mehl- und Brotvergaben durch vermehrte Zufuhr von Fisch und reichlichere Verteilung von Konerven, Dörrengemüse und Sauerkraut einigermaßen ausgleichen zu können hofft. „Weberdies sollen wenigstens die Schwerearbeiter den Leibriemen nur etwa zehn Tage lang enger zu schnallen brauchen, denn in der Zeit zwischen dem 20. und 22. Juni werden bereits größere Ueberschüssmengen ausländischer Frühkartoffelernten in Deutschland erwartet, mit deren Hilfe man die Versorgung der Arbeiter, besonders in Berlin und in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, wesentlich aufzubessern gedenkt.“

Wie weit diese Hoffnungen und Erwartungen in Erfüllung gehen werden, müssen die nächsten Wochen zeigen. Daß das Publikum die Versprechungen mit unbedingter Zuversicht aufnimmt, werden die Behörden leider kaum noch erwarten können.

Nicht mehr als ein Viertel der normalen deutschen Kartoffelernte genügt zur Deckung unseres unmittelbaren Bedarfs an Speisekartoffeln. Mag also die letzte Ernte noch so dürftig und mögen die Schäden, die der Frost den Vorräten zugefügt hat, noch so umfangreich gewesen sein: dieses Viertel stand unter allen Umständen zur Verfügung, und wenn es seiner Bestimmung nicht zugeführt worden ist, so trägt die mangelhafte Organisation der Lebensmittelverteilung die Schuld daran.

Den Behörden standen genügend Mittel zur Verfügung, um die Menge der läublichen Kartoffelbestände rechtzeitig und genau zu kontrollieren und die vorhandenen Vorräte zweckmäßig zu fassen und zu verteilen. Sie haben sich dieser Mittel, darüber kann nach dem neuesten Fischschlag kein Zweifel bestehen, in unzulänglicher

Weise bedient. In der gegenwärtigen entscheidenden Zeit, wo alles auf dem Spiel steht und von jedem Deutschen die Aufbietung der höchsten Willens- und Arbeitskraft verlangt wird, haben manche Organe der Regierung es an der erforderlichen Energie und Umsicht fehlen lassen.

Den guten Willen der Zentralleitung in allen Ehren — aber an den nachgeordneten Stellen hat es sowohl mit der Fähigkeit wie mit der Zuverlässigkeit gewaltig gehapert! Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß die deutschen Kartoffelvorräte durch Schleichhandel und Schiebungen aller Art aufs gewissenloseste geschmälert worden sind, und daß die Behörden, deren Pflicht es gewesen wäre, dem Treiben Einhalt zu gebieten, dieser Pflicht keineswegs immer genügt haben. Wir glauben in der Vermutung nicht fehlzugehen, daß der pflüchtige Wechsel in zahlreichen Regierungspräsidien und Landratsämtern, der in letzter Zeit stattgefunden hat, mit diesen Dingen in engstem Zusammenhang steht.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 17. Juni. (Antik.)
 Im englischen Kanal wurden durch unsere U-Boote fünf große englische Dampfer, von denen drei bewaffnet und einer anscheinend ein Torpedodampfer war, fünf Segler und acht Fischerfahrzeuge versenkt.
 Darunter befanden sich der englische Dreimast-Schoner „Phantom“, der englische Gasse-Schoner „Mfred“ (früher deutsch) mit Kohlen nach Caen, der englische Motor-Schoner „Marchioric“ und ein unbekannter englischer Schoner mit Kohlenladung sowie die englischen Fischerfahrzeuge „Ocean Bride“, „Dunard“, „Torban Loh“, „Curian“ und die französischen Fischkutter „Eugenie Maithilde“, „Francois Georgette“, „S. 1065“ und „Madelaine“.
 Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Sellitz.
 Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verordnung über die Einschränkung der Bauftätigkeit.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird auf Grund von Paragraph 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand in Verbindung mit dem Gesetz vom 11. Dezember 1915 — R. G. Bl. S. 813 — unter Aufhebung der Verordnung vom 15. Mai 1917 — R. G. Bl. S. 383 — Nr. 969 — folgendes anzuordnen:

- § 1. Jede geplante Bauarbeit ist anzumelden.
- § 2. Die Anmeldung erfolgt mittels Fragebogen, die bei der Kriegsamtsstelle Altona, Geibelstraße 1, bezw. bei den zuständigen Baupolizeibehörden anzufordern sind. Die Fragebogen sind für jede Bauarbeit in doppelter Ausfertigung auszufüllen und bei den zuständigen Baupolizeibehörden zugleich mit dem Baugesuch einzureichen.
 Soweit die Baupolizeibehörden die Bauanträge für berechtigt halten, reichen sie, und zwar unter Hinzufügung eines entsprechenden Vermerks, die Fragebogen mit dem Baugesuch an die Kriegsamtsstelle weiter: im anderen Falle weisen sie das Gesuch ohne Weiterreichung zurück. Gegen die Zurückweisung ist die Beschwerde an die der Baupolizeibehörde vorgesetzte Behörde zulässig. Die Beschwerde ist auf dem für Beschwerden gegen Baupolizeibehörden allgemein vorgeschriebenen Wege anzubringen.
 Die der Baupolizeibehörde vorgesetzte Behörde kann die Zurückweisung des Antrages unrechtmäßig oder die Weiterreichung an die Kriegsamtsstelle anordnen.
- § 3. Mit den geplanten Bauarbeiten darf nur nach Genehmigung des stellv. Generalkommandos begonnen werden. Die zurzeit im Gange befindlichen Bauarbeiten dürfen gegen ein Verbot des stellv. Generalkommandos nicht fortgeführt werden.
- § 4. Diese Verordnung betrifft auch die Bauarbeiten geringsten Umfangs. Ausgenommen von der Verordnung sind jedoch die Bauten der Wartenlinie des Kriegsamtes Lehm, Stadt T. I. und kleinere dringende bauliche Reparaturen, bei denen bereits sämtliche Baumaterialien bei der Baustelle vorhanden sind, oder bei denen Zement, Eisen und Dachpappe nicht gebraucht werden oder sonstiges Material mit der Eisenbahn nicht heranzufahren ist, ferner kleinere dringende Umbauten auf dem Lande, bei denen die obgenannten Voraussetzungen vorliegen. Bei keiner dieser Ausnahmesbauarbeiten dürfen als Arbeitskräfte rekrutierte Arbeiter verwendet werden. In allen Zweifelsfällen erweist die Kriegsamtsstelle Auskunft.
- § 5. Die landesgesetzlichen baupolizeilichen Vorschriften werden durch diese Bestimmungen des Generalkommandos nicht berührt.
- § 6. Beschwerden über die Anordnungen des stellvertretenden Generalkommandos sind bei diesem schriftlich einzutragen.
- § 7. Widersprüche gegen § 1 und § 3 dieser Verordnung werden, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen milderer Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. (hundertfünfzigfachen Mark) bestraft. Gleiche Strafe trifft denjenigen, der zu einer solchen Widerspruchsbehandlung auffordert oder anreizt.

Der stellv. kommandierende General
 v. Falk.
 General der Infanterie.
 (1917)

Der Generalkommandant, Feldherrn oder andere des Generalkommandos von Reichs- und preussischen Diensten, Soldaten, Offizieren, Kadetten, Wägen oder Weiden einwendet oder beschädigt, wird, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Strafe andeuten, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.
 Beim Vorliegen milderer Umstände kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1000 Mark erkannt werden.

Der stellv. kommandierende General
 v. Falk.
 General der Infanterie.
 (1917)

Eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Sequestrierung von Geld, Form und Bemerkungen — Nr. E. 10915. 17. KRA. IV. Abt. vom 7. Juni 1917 — wird durch die amtlichen Bekanntmachungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) veröffentlicht.
 Altona, den 15. Juni 1917. (1917)

Der stellv. kommandierende General
 v. Falk.
 General der Infanterie.
 (1917)

Der stellv. kommandierende General
 v. Falk.
 General der Infanterie.
 (1917)

Der stellv. kommandierende General
 v. Falk.
 General der Infanterie.
 (1917)

Der stellv. kommandierende General
 v. Falk.
 General der Infanterie.
 (1917)

Der stellv. kommandierende General
 v. Falk.
 General der Infanterie.
 (1917)

Der stellv. kommandierende General
 v. Falk.
 General der Infanterie.
 (1917)

Der stellv. kommandierende General
 v. Falk.
 General der Infanterie.
 (1917)

Der stellv. kommandierende General
 v. Falk.
 General der Infanterie.
 (1917)

Der stellv. kommandierende General
 v. Falk.
 General der Infanterie.
 (1917)

Der stellv. kommandierende General
 v. Falk.
 General der Infanterie.
 (1917)

Milchkolonie.

Um unbemittelten kranken Kindern während der Sommerferien Aufenthalt im Walde zu ermöglichen, wendet sich der unterzeichnete Ausschuss an den so oft bewährten Wohltätigkeitsmann seiner Mitbürger mit der herzlichsten Bitte, ihn durch Geldwenden instand zu setzen, möglichst viele Freizeiten für die Milchkolonie ausgeben zu können. Die Kinder werden in den Ferien mit der Straßenbahn nach Israelshof befördert, dort mit 1/2 Liter Milch und Brot ernährt und unter fachmännischer Leitung im Walde beschäftigt.
 Karten zum Preise von 1 Mk. — sind in der Dreiklassenklasse von 11—1 Uhr zu kaufen. Gaben nimmt Frau Senator Dr. Lienau, Roedstraße 28, dankend entgegen, vom 30. Juni ab auch Fraulein Rösing, Israelshofer Allee 18.

Der Ausschuss für die Milchkolonie.
 Die Oberküchenbehörde unterzucht diesen Aufruf auf das wärmste. (1917)

Unsere beiden nächsten ärztlichen
 Ehrenstunden finden

nicht Dienstags
 sondern
Mittwoch, den 20., und
Mittwoch, d. 27. d. Mts.,
 6—8 Uhr nachmittags statt.
 (1917) Die Augenärztliche.

Fischverkauf
 morgen Dienstag, den 19. Juni
 Hollenbrücke
 Gänzer Brücke
 Straßfähr
 Spierbrücke.
 1918

Am 16. Juni, 11 1/2 Uhr, entsetzlich sanft nach langem, in Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Friedrich Becker
 im 81. Lebensjahre.
 Hr. Gröpelstraße 22/6.
 Dies betrauert von seiner Frau, Kindern und allen, die ihm nahe standen. (1917)

Sucht zu sofort oder zum 1. Juli eine
Kontoristin
 tüchtig und zuverlässig, gewandt im Stenographieren, Maschinenschreiben und sämtlichen Kontorarbeiten.
Albert Sühr,
 Stenereibetrieb, Lübeck, Untertrave 20.
 1917

Sucht werden
Männer und Frauen
 für verschiedene Arbeiten bei dem Wasserbau.
 Zu melden in den Dienststunden auf der Staats-
 weise, Gröpelstraße.

Deutscher
Transportarbeiterverband
 Ortsverwaltung Lübeck.

Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege
Heinrich Bannow
 Hafenarbeiter
 im Alter von 52 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung ist bereits erfolgt.

Am 15. d. Mts. starb der Kollege
Friedrich Becker
 Hafenarbeiter
 im Alter von 59 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Arbeiterfriedhofs aus statt.
 Berammlung des Gefolges um 2 Uhr im „Weißen Stübchen“.
 Um rege Beteiligung erjucht
 (1917) Der Vorstand.

Deutscher
Buchbinder-Verband
 Zahlstelle Lübeck.

Dem Weltkrieg zum Opfer fiel unser langjähriger Kollege, der Buchbinder
Conrad Buschick.
 Wir werden denselben in treuem Andenken behalten.
 (1917) Der Vorstand.

Sucht ein
Arbeiter
 für dauernde Beschäftigung.
Carl Roth, Kohlenhandlung,
 Bad Schwartau.
 (1917)

Ein Kinderwagen
 zu verkaufen, Preis 10 Mk.
 (1917) Dornestr. 75 a.

Franz Menzel, Hamburg 73
 Grindelberg 79
 Special-Bandagist
 gegen
Rückgrat-Verkrümmung.
 Reich illustr. Prospekt gratis.

Die neuen **Kundenlisten**
 Lebensmittel-
 liegen zur Anmeldung vom 18. bis 25. d. Mts. bei mir aus. Sämtliche Lebensmittelbücher sind zur Abstempelung vorzuliegen. Ich erlaube meine werthe Kundenschaft, die Anmeldung rechtzeitig vorzunehmen, damit jedermann auch sogleich bei der ersten Verteilung diese Waren erhält.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.
 1876

Deutscher
Transportarbeiterverband
 Verwaltungsstelle Mölln i. Lg.

Am 16. Juni starb nach kurzer schwerer Krankheit unser langjähriger Kollege, Mitglied der Ortsverwaltung
Heinrich Bark
 im Alter von 49 Jahren.
 Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.
 (1917) Die Ortsverwaltung.

Eine Säugin mit 10 Jungen, ein Kammler billig zu verkaufen.
 Karpenstraße 14 a,
 (1917) Hinterhaus, I. Etage.

Zu kaufen gesucht (1916)
Hausstandslumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Wallenhoffstr. 25.
 Telefon 2430.

Uhren-Reparaturen.
 Billige Preise. (1865)
 Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
 Uhrmacher, Hüxstr. 71.

Ledersohle
 Hansa, D. R. P., staatl. geprüft, Fabrikation beschränkt freigegeben. Niederlage für Lübeck bei
C. Grimm Neff,
 Schlumacherstr. 6. (1867)

Visitenkarten
 liefert schnellstens
Backdr. Friedr. Meyer & Co.
 (1917)

Käseverteilung.
 Wir haben Käse hergestellt, welcher von uns zum Preise von **Mk. 0.95** das Pfund und **Mk. 0.48** das 1/2 Pfund, solange der Vorrat reicht, folgendermaßen verkauft werden soll.
 Die Verteilung erfolgt auf Grund der Magermilchberechtigung (da diese einheitlich) und zwar erhalten
 bis 3 Magermilchberechtigte 1 lt. Ausweiskarte 1/2 Pfund über 3 Magermilchberechtigte 1 lt. Ausweiskarte 1 Pfund.
 Den Verkäuferinnen ist strengstens verboten, mehr auszugeben, als festgesetzt. Zur Kontrolle haben die Verkäuferinnen „k 25“ der Ausweiskarten ungenützlich zu machen.
 (1917) Hansa-Meierei G. m. b. H., Lübeck.

Hansa-Theater.
 Heute, abends 8 Uhr:
Die spanische Fliege.
 Schwank in 3 Akten von Bach und Arnold. (1917)
 Vorverk. b. Sager, Kohlmarkt.

Stadthallen-Sommertheater
 Dienstag, den 19. Juni 1917:
 Zum letzten Male:
Wie fessele ich meinen Mann?
 Mittwoch, den 20. Juni 1917:
Der Soldat der Marie.
 Operette von Leo Ascher.
 Donnerstag, d. 21. Juni 1917:
Der Soldat der Marie.
 Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Die deutsche Denkschrift für Stockholm.

Antwort der deutschen Delegation auf die vom Stockholmer Komitee gestellten Fragen.

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt einen Frieden der Verständigung. Wie sie die Gewähr der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsfreiheit des eigenen Volkes fordert, so verurteilt sie auch die Vergewaltigung der Lebensinteressen der anderen Völker.

Von dieser allgemeinen Zielsetzung aus haben wir dem Vorschlag des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats auf Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage nationaler Selbstbestimmung unsere Zustimmung gegeben.

1. Annexionen: Wir sind Gegner gewaltsamer Gebietsaneignungen. Bei Grenzveränderungen auf Grund beiderseitiger Verständigung muß der betroffenen Bevölkerung, soweit sie das Verbleiben bei dem alten Staatsverband wünscht, die rechtliche und wirtschaftliche Möglichkeit der Umsiedelung gesichert werden.

2. Kriegsschädigungen: Die Aufzwingung einer Kriegsschädigung ist zu verwerfen. Sie wäre auch nur nach vollständiger Niederlage einer der kriegführenden Parteien zu erreichen.

3. Wiederherstellung: Soweit mit dieser Frage die politische Unabhängigkeit gemeint ist, beantworten wir sie mit Ja. Ablehnen müssen wir dagegen die Idee einer einseitigen Verpflichtung zur Wiederherstellung von Zerstörungen in dem vom Krieg betroffenen Gebieten.

4. Selbstbestimmungsrecht der Nationen: Wir verstehen unter dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen das Recht der Völker auf Aufrechterhaltung oder Neuaufrichtung ihrer politischen Unabhängigkeit. Als erste Gruppe kommen hier die Staaten in Betracht, die wie Belgien und Serbien und andere Balkanstaaten ihre Unabhängigkeit in diesem Kriege verloren haben.

5. Wiederherstellung eines unabhängigen Belgien: Belgien soll weder ein Vasallenstaat Deutschlands noch Englands oder Frankreichs werden.

6. Selbstbestimmungsrecht der Nationen: Wir verstehen unter dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen das Recht der Völker auf Aufrechterhaltung oder Neuaufrichtung ihrer politischen Unabhängigkeit.

7. Selbstbestimmungsrecht der Nationen: Wir verstehen unter dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen das Recht der Völker auf Aufrechterhaltung oder Neuaufrichtung ihrer politischen Unabhängigkeit.

8. Selbstbestimmungsrecht der Nationen: Wir verstehen unter dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen das Recht der Völker auf Aufrechterhaltung oder Neuaufrichtung ihrer politischen Unabhängigkeit.

Eine zweite Gruppe, für die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in Frage kommt, bilden diejenigen Völker, die ihre ehemalige Selbständigkeit verloren hatten, durch die Ereignisse dieses Krieges aber von der fremden Oberherrschaft sich befreit sehen.

Eine dritte Gruppe bilden die ehemals selbständigen Völker gehobener Kultur, die früher das Opfer imperialistischer Unterwerfung geworden sind, deren staatsrechtliche Zugehörigkeit aber durch diesen Krieg keine Veränderung erfahren hat.

5. Autonomie der Nationalitäten: Soweit hinunter die kulturelle Autonomie der innerhalb eines größeren Staatsverbandes eingegliederten fremdsprachigen Teile gemeint ist, wird die deutsche Sozialdemokratie gemäß ihrer jetzigen Stellung auch weiterhin für deren weitestgehende Einräumung eintreten.

6. Elsass-Lothringen: Was das in dem Fragebogen des Komitees unter Nationalitäten mit aufgezähltem Elsass-Lothringen anlangt, so ist zunächst zu sagen, daß Elsass-Lothringen niemals weder ein selbständiges nationales Staatswesen war, noch überhaupt als eine besondere Nationalität angesehen werden kann.

7. Elsass-Lothringen: Elsass-Lothringen gehört weiterhin auch nicht zu den Gebieten, die durch den Gang des Krieges ihren Besitzer gewechselt haben; es ist von einem jamaalen Grenzfreibrief abgesehen, im Machtbereich des deutschen Staates geblieben.

8. Elsass-Lothringen: Elsass-Lothringen gehört weiterhin auch nicht zu den Gebieten, die durch den Gang des Krieges ihren Besitzer gewechselt haben; es ist von einem jamaalen Grenzfreibrief abgesehen, im Machtbereich des deutschen Staates geblieben.

9. Elsass-Lothringen: Elsass-Lothringen gehört weiterhin auch nicht zu den Gebieten, die durch den Gang des Krieges ihren Besitzer gewechselt haben; es ist von einem jamaalen Grenzfreibrief abgesehen, im Machtbereich des deutschen Staates geblieben.

10. Elsass-Lothringen: Elsass-Lothringen gehört weiterhin auch nicht zu den Gebieten, die durch den Gang des Krieges ihren Besitzer gewechselt haben; es ist von einem jamaalen Grenzfreibrief abgesehen, im Machtbereich des deutschen Staates geblieben.

Die deutsche Sozialdemokratie fordert für die Elsass-Lothringer die Gewährung voller Gleichberechtigung als selbständiger Bundesstaat innerhalb des Deutschen Reiches sowie den freiestmöglichen demokratischen Ausbau seiner inneren Selbstregierung und Verwaltung.

11. Hauptgrundzüge internationaler Vereinbarungen: Das Recht eines jeden Volkes auf politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit kann unter Beachtung der berechtigten Lebensinteressen aller Völker nur dann dauernd garantiert werden, wenn es in den Friedensverträgen gelingt, das künftige Völkerrecht in seinen Grundzügen festzulegen.

12. Völkerrechtliche Bestimmungen: Bereits in den Kriegszieleklärungen, die der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 16. August 1915 aufgestellt haben, ist die Festlegung eines durch internationale Rechtsprechung dauernd gesicherten Weltfriedens als höchstes sittliches Pflichtgebot gefordert.

13. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

14. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

15. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

16. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

17. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

18. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

19. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

20. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

21. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

22. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

23. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

24. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

25. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

26. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

27. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

28. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

29. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

30. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

31. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

32. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

33. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

34. Abbrütung und Freiheit der Meere: In die Friedensverträge sind Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Lande aufzunehmen.

Es fauft das Rad...

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben. Von Dorothy Richardson.

10. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Sie haben es wohl nicht, Bücher zu lesen?“ fragt Mrs. Smith, während sie in ihrem Leintopf rührt. Sie sah mich, während ich auf meine Antwort wartete, mit ihren lebhaften Augen neugierig an.

„Das Buch kenne ich nicht: ist es denn gut?“ „Es ist großartig,“ sagte Anna, „aber ein Frauenstückchen gefällt mir eigentlich noch besser.“

„Darum eben gefällt es mir ja auch weniger,“ sagte Anna, indem sie blitzschnell mit den Fingern über die Schachteldecke fuhr. „Weil er gar zu spannend und unwahrscheinlich ist.“

„Was was handelt denn Der Freier der kleinen Kaja eigentlich?“ fragte ich Mrs. Smith, in der Meinung, sie werde mir eine genauere Aufklärung geben als Anna.

„Da war ja ein schönes, blondhaariges Mädchen, die hieß Kaja. Ihr Vater war Richter und wohnte in einem großen, feinen Haus in Süd-Karolina.“

„Ja, das ist ein Blödsinn!“ sagte Anna spöttisch. „Ja, sagte gar nichts, sondern fragte nur nach einer Weile, wer eigentlich dieses Buch geschrieben habe.“

dem Vater Kajas allerhand vor, bis sie ihn richtig in Form gebracht hatten. Als Kaja nun eines Abends mit ihrem heimlichen Mann spazieren gewesen war, fand sie, als sie heimkam, die Haustür verschlossen.

„Hier machte sie eine Pause, um meine Arbeit zu überprüfen, bis noch ein Stück von ihrem Kuchen ab und fuhr fort.“ „Kaja ließ einen unterdrückten Schrei aus und wandte in die Nacht hinaus.“

„Ja, und woher nahm sie das Geld zur Reise?“ fragte die praktische veranlagte Anna. „Ich glaube, die Reichen können wohl sehen, wohin sie wollen, auch ohne Billeit, wenn sie nur ihre Willensstärke verwenden.“

„Das ist ja ein wunderbares Mädchen!“ sagte ich. „Aber ein anderer junger Mann, der ein zurechtgerichtetes Mädchen war, der sagte zu ihr, er kenne ihre Tante in Newport und werde sie schon zu ihr hinführen, sie solle sich nur ruhig ihm anvertrauen.“

„Ja, das ist ein Blödsinn!“ sagte Anna spöttisch. „Ja, sagte gar nichts, sondern fragte nur nach einer Weile, wer eigentlich dieses Buch geschrieben habe.“

„Mrs. Smith nannte eine Verfahrerin, die für ihre elenden Schwestern- und Räubergeschichten in ganz Amerika berühmt war.“

„Haben Sie denn nie ihre Bücher gelesen?“ „Ja, verneinte, und sie schien aufs höchste überrascht.“

„Ja, was für Bücher lesen denn nun eigentlich Sie?“ „Ich nannte ihr Gullivers Reisen, Robinson Crusoe, Dantes Comedien, David Copperfield und noch einige andere und erzählte ihr auch dies und jenes aus dem Inhalt.“

„Sie hörte aufmerksam zu, aber als ich geendet hatte, schüttelte sie misbilligend den Kopf, rümpfte die Nase und sagte: „Über das, was Sie da erzählen, sind doch keine Romane!“

„Das von dem David Copperfield ist ja alles so, wie es im Wirklichkeit zugeht — zu was braucht man denn darüber überhaupt noch ein Buch zu schreiben?“

„Ja, ja,“ sagte Mrs. Smith, „das stimmt.“ „Ja, glaube,“ sagte Anna wieder, „daß solche Bücher für die Bauern und sonstigen Leute auf dem Lande gut sein mögen, die nicht an bessere gewöhnt sind, wie wir Städter.“

„Sie singen wirklich sehr schön,“ sagte ich voller Bewunderung. „Wo haben Sie das nun so gelernt?“

„Da singen sie sie so schön, und denen horchen wir sie dann allmählich ab.“

(Fortsetzung folgt.)

Durch die Friedensverträge muß die Verkehrsfreiheit zu Lande und zu Wasser wieder hergestellt werden. Das Schuttsystem ist abzubauen. In die Friedensverträge ist die Meistbegünstigungsklausel aufzunehmen. Das handelspolitische Ziel muß die Beseitigung aller Zoll- und Zollerhöhen sein.

Die Kolonien ist „offene Tür“, das heißt gleiches Recht für wirtschaftliche Tätigkeit aller Völker, festzulegen. Internationale Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Arbeiterinnen- und Kinderschutz und Heimarbeit sind nach dem beauftragten Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu regeln.

4. Abschaffung der Geheimdiplomatie.
Wir fordern die Unterwerfung aller Staatsverträge und zwischenstaatlichen Vereinbarungen unter die demokratische Kontrolle der Volksvertretungen.

III. Praktische Verwirklichung dieser Ziele.
Wir beziehen uns auf die Darlegungen zu 1 und 2. Im Interesse eines baldigen Friedens scheint es uns dringend geboten, in erster Linie die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zu fördern.

IV. Aktion der Internationalen.
Die europäischen Neutralen

sind ausnahmslos durch den Krieg in mehr oder weniger große Mittelverarmung gezogen worden. Sie alle haben ein Interesse an baldigen Frieden. Sie sind deshalb bei der Neuregelung wirtschaftlicher, sozialpolitischer und rechtlicher Fragen internationaler Art heranzuziehen.

Die Mitarbeit der erwählten Volksvertretungen
erscheint als eine Selbstverständlichkeit. Angesichts der Erfahrungen, die das Proletariat aller am Kriege beteiligten Länder mit den Parlamenten gemacht haben, wird deren Mitarbeit in Zukunft nur dann kriegsverfügend sein, wenn die sozialistischen Parteien mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft wie auf ihre Regierungen so auch auf die Parlamente im Sinne der baldigen Herbeiführung des Friedens wirken.

Damit sind auch gleich die weiteren Fragen betreffend Mitarbeit der Internationalen während der Friedensverhandlungen hinführend beantwortet. Die Einwirkung der sozialistischen Parteien auf die Regierungen, die Volksvertretungen und auf die offiziellen Friedenskonferenzen muß seitens der sozialistischen Parteien aller kriegführenden Länder immer stärker werden.

V. Tätigkeit der sozialistischen Parteien für den Frieden.
Damit kommen wir zu der Frage, wie auf Antrag der deutschen Delegation am 7. Juni dem Fragebogen noch hinzugefügt worden ist:

Spricht jeder Delegation über die Arbeit ihrer Partei zugunsten eines deutschen Friedens.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in zwei Heften eine „Sammlung der Erklärungen, Aufrufe und Weisungen“, in denen die Stellung der Partei zum Kriege und zu den Friedenszielen dargestellt wird, herausgegeben. In dieser Dokumentensammlung wird der Beweis geführt, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands, die gleich allen anderen sozialistischen Parteien grundsätzlich auf dem Boden der Landesverteidigung steht, für den Friedenszweck seit dem ersten Tage des Krieges gewirkt hat, und daß sie für einen Verständigungsfrieden keine andere Voraussetzung kennt, als die Bereitschaft auch der Gegner zu einem solchen Frieden. Mit den in der Sammlung angeführten parlamentarischen, Aufrufen und Erklärungen hat die sozialdemokratische Partei Deutschlands bei ihrer Friedensarbeit aber nicht begnügt. Sie hat in allen Teilen des Reiches Friedensversammlungen abgehalten, auch im ganzen Reich Petitionen verteilt und unterzeichnen lassen, in denen unter starker Mitwirkung aller Erwerbsklassen die Bereitschaft der Regierung zu Friedensverhandlungen verlangt wurde.

Diese Friedensarbeit ist von großem Erfolge begleitet gewesen. Erfolgreich waren insbesondere die Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die zerrissenen Fäden mit den sozialistischen Parteien Englands und Frankreichs wieder anzufügen.

Die Arbeit für den Frieden kann nur dann Erfolg versprechen, wenn sie gleichzeitig auf beiden Seiten unternommen wird. Das konnte geschehen und hätte anderenorts leicht geschehen müssen, ohne daß auf der einen Seite von der anderen etwas verlangt werden müßte, was einer Artigkeit der Sache des eigenen Volkes gleichgültig wäre. Wir können auf allen Seiten aussprechen, daß wir nur die Mittel haben, das eigene Volk zu verteidigen, nicht aber die Aufgabe, andere Völker für die wirtschaftliche oder vermeintliche Bedürfnisse ihrer Regierungen zu schützen. In diesem Sinne hat die sozialdemokratische Partei Deutschlands ununterbrochen gewirkt.

VI. Allgemeine sozialistische Konferenz.

Wir sind ohne Vorbehalt zur Teilnahme an einer allgemeinen sozialistischen Konferenz bereit, weil wir es für die selbstverständliche Pflicht eines jeden Sozialisten halten, für den Frieden zu wirken. Eine Auseinandersetzung über das Verhalten der sozialistischen Parteien wird sehr vereinfacht werden, wenn alle Konferenzen in der von uns gewünschten Form eine Sammlung der Dokumente über ihre Tätigkeit für den Frieden unterbreiten werden.

Von einer Einberufung der Konferenz, die wir nicht aus dem Wege gehen können, weil uns eine Förderung des Friedens der Konferenz nicht vorzuziehen ist, kann wir nicht handeln, aber wir können uns bemühen, es nach Möglichkeit zu vermeiden, aber das ist nicht unsere Aufgabe, sondern die derjenigen, die die Konferenz einberufen werden.

Gegen die Teilnahme aller sozialistischen Arbeiterpartei an der allgemeinen Konferenz haben wir nichts einzuwenden.

Stockholm, den 12. Juni 1917.

Die Delegation der Sozialdemokratie Deutschlands.

H. Ehrlich, E. Schöner, Hermann Müller, K. Hoffmann, G. D. Schmidt, R. Fischer, E. Schöner, G. D. Schmidt, E. Legien.

Die ausführliche Denkschrift zur Wiederherstellung des Weltfriedens, die die Vertretung unserer Partei dem holländisch-englischen Komitee in Stockholm vorgelegt hat, und deren ausführlichen Text wir heute unseren Lesern unterbreiten, werden wir am Sonntagabend kurz besprechen. Nicht ein Dokument von hoher geschichtlicher Bedeutung.

Was an diesem Schriftstück nicht aus, wohl aber aus anderen Quellen zu entnehmen ist, das ist der von uns veröffentlichte „Jahrbuch der Arbeiterbewegung“. Dieser Jahrbuch enthält nicht nur die bisherigen Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei, sondern auch die Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

ohne weiteres voraussetzen, daß auch sie nicht ohne Leidenschaft sind, und daß die drei fürstlichen Jahre an ihrem Empfinden nicht eintrübend vorübergehen. Sie hätten das Recht gehabt, über Verleumdungen entrüstet zu sein und auf Anklagen mit Unklagen zu antworten. Sie hätten auch das Recht gehabt, klingende Rebensarten, an denen manche Sozialisten des Auslandes sich selber und andere berauschen, auf ihren tatsächlichen Gehalt zu untersuchen.

All dies zu tun, haben sie klüglich unterlassen. Sie wußten, daß ihre Leidenschaft Leidenschaft von der anderen Seite erwidern würde. Sie sahen voraus, daß sich eine Debatte, die sich auf die Kritik von Schlagworten erstreckt, ins Uferlose verlieren müßte. So aber haben sie gezeigt, daß sie nicht ausgegangen sind, um Streit zu suchen, sondern um Arbeit, Arbeit für den Frieden zu leisten und daß es ihnen darauf ankam, nicht für sich selbst, sondern für die Welt zu wirken.

Nichtsdestoweniger bleibt die deutsche Denkschrift von Stockholm eine Partei-schrift in doppeltem Sinne. Eine Partei-schrift des Sozialismus und eine Partei-schrift der deutschen Sozialdemokratie. Die Vertreter unserer Partei sind nach Stockholm gereist, nicht um dort wirkliche deutsche Interessen preiszugeben, sondern um sie zu vertreten und sie zugleich mit den Interessen der ganzen leidenden Menschheit in Einklang zu bringen. Zwischen den scheinbar widerstrebenden Interessen der Völker die verbindende Brücke zu schlagen, dem Weltproletariat gegenüber der nationalen Zerrissenheit der herrschenden Klassen sein Eigendasein zum Bewußtsein zu bringen, das ist die hohe Aufgabe, die sich der Sozialismus gestellt hat, und die er zum Heile der Völker nie und nirgends auch nur einen Augenblick hätte verlassen sollen.

Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie glauben den Beweis erbracht zu haben, daß sie sich dieser hohen Aufgabe stets bewußt geblieben sind und daß sie ihr auch dadurch keinen Abbruch taten, daß sie für die Verteidigung des eigenen Landes eintraten und noch eintreten.

Darum nun die deutsche Denkschrift irgendwo außerhalb der Partei selbst — von den erwachten Teilen des deutschen Bürgertums abgesehen — auf ruhige und gerechte Würdigung rechnen? Die deutsche Chauvinistenpresse wird natürlich über sie herfallen, weil sie die entschiedene Absicht zeigt, mit dem Grundsatze: „Keine Eroberungen und keine Entschädigungen!“ Ernst zu machen. Was tut's? Die deutsche Sozialdemokratie steht sehr zum Unterschied von anderen sozialistischen Parteien — seit Jahr und Tag im Kampfe mit den Imperialisten ihres Landes und ist's gewohnt, von ihnen geschmäht zu werden!

Wichtiger als diese unermüdlichen Begleitgeräusche ist uns die Aufnahme, die die Denkschrift bei dem Proletariat des neutralen und des feindlichen Auslandes finden wird. Und da wollen wir keineswegs die Hoffnung aufgeben, daß von ihr in breiten Schichten ein entscheidender Stimmungsumschlag zu erwarten ist. Die sozialistischen Parteien des Auslandes werden nicht umhin können, auf die ruhigen und sachlichen Ausführungen der Deutschen in der gleichen Weise zu antworten; wo man aber wieder anfängt, nüstern zu denken, da ist in den Wall der Leidenschaft und Lüge eine Bresche geschlagen, breit genug, daß sich die Hände darin begegnen können!

Niemand erwartet und verlangt, daß die ausländischen Sozialisten die deutschen Darlegungen als eine Heilsbotschaft unverändert und glaubensvoll aufnehmen. Mögen sie ihre gegenseitigen Vorurteile zum Ausdruck bringen und ihre nationalen Interessen vertreten, wo sie diese nach ihrer Auffassung zu Unrecht verkürzt finden. Nur eins mögen sie nicht tun! Sie mögen nicht auf die sachliche Erörterung, die damit eingeleitet ist, mit Worten antworten, die statt vom Willen zum Frieden vom Völkerverhaß ausgehen. Sie würden sich vor dem Tribunal des internationalen Sozialismus und der Weltgeschichte selbst verurteilen, wenn sie auf einen Verständigungswunsch mit blinder Verächtlichkeit erwiderten.

Was die Denkschrift ausspricht, ist die Meinung der deutschen Sozialdemokratie, nicht die Meinung der deutschen Regierung. Damit ist gesagt, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre Aktion nach ihren eigenen Grundsätzen ausführt und nicht nach behördlichen Weisungen. Damit ist aber nicht gesagt, daß das, was die deutsche Arbeiterklasse ausspricht und will, für die späteren Handlungen der deutschen Regierung ohne Bedeutung ist. Die Sozialdemokratie ist in Deutschland eine aufsteigende Macht. Sie repräsentiert einen ständig wachsenden Teil des deutschen Volkswillens, dessen Energie und Aktionsfähigkeit sich ständig steigert. Und darum ist das, was die Denkschrift über die Garantien des künftigen gefestigten Weltfriedens ausspricht, nicht in den Wind gesprochen. Die deutsche Sozialdemokratie wird einer der Garantien der kommenden internationalen Verträge sein.

Der rasch herbeigeführte und durch Garantien gesicherte Weltfrieden ist aber ein Gut von so ungeheurer Werte, daß alles, was sich in Land und Geld an Werten und Machtverhältnissen ausdrücken läßt ihm gegenüber unendlich gering erscheint. Mag die deutsche Denkschrift darum auch nicht von jedem in allen ihren Punkten vorbehaltlos gebilligt und angenommen werden, auf ein ehrliches Bestreben nach Frieden wird sie bei allen rechnen dürfen, die nicht nur Sozialisten heißen wollen, sondern die es auch wirklich sind!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zweijährige kontraktliche Landarbeit.

Das Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer in Weismann teilt mit, daß es Anträge von Eltern und Vormündern auf kontraktliche Verbindung ihrer Schutzbefohlenen für zweijährige Landarbeit in großer Zahl gesammelt habe. Die jungen Leute sollen danach gegen Verpflegung und gewisse Kleidung, sowie Taschengeld im ersten und „einen den Umständen entsprechenden Lohn im zweiten Jahre“ mindestens zwei volle Jahre im Dienste der Landwirte bleiben.

Es wird in der Veröffentlichung der Landwirtschaftskammer hervorgehoben, daß die Not der Zeit, die ihnen gegenüber unerträgliche Entbehrungen auferlegt, die jungen Leute heranzuzwingt. Wenn unter dem Eindruck der „heute unvorstellbaren“ Not die Eltern und Kinder dazu verführt werden, solche harten Bedingungen (zweijährige Verpflegung bei sonstigen einem Lohngeld als Lohn) einzugehen, dann ist das eine äußerst bedauerliche Zerrüttung. Die Landwirte und ihre Organisationen müssen diese schwierigen Erziehungserhältnisse in unzulässiger Weise aus. Sie verlangen von den Arbeitgebern etwas, das nicht durch geringe Entlohnung zu erreichen ist.

Beschleunigte Reorientierung.

Einer Meldung aus Dresden zufolge nahm der Verfassungsausschuß des sächsischen Landtages mit 10 gegen die 5 konservativen Stimmen einen Antrag an, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die von der Reichsregierung zugesagte vollstimmliche freiheitliche Neuordnung alsbald durchgeführt werde.

Holland.

Die Neuwahlen in der neuen Kammer. Die Wahlen zur niederländischen 2. Kammer fanden unter dem Einfluß der im letzten Augenblick entstandenen Staatspartei, die starke antideutsche Tendenzen vertrat, statt. Der wegen seiner Deutschtüchtigkeit bekannte Van Eeden, der als Kandidat dieser Staatspartei in mehreren Distrikten antrat, erhielt nur wenige Stimmen. Kein einziger Kandidat der Staatspartei oder der Verfassungsreformpartei wurde gewählt. Nur in einem Distrikt, in dem die Wahltätigkeit eine sehr laue war, kommt ein Kandidat der Staatspartei mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl, wobei der Sozialdemokrat voraussichtlich mit großer Mehrheit gewählt werden dürfte. — Sämtliche 50 zurücktretenden Mitglieder der zweiten Kammer wurden wiedergewählt.

China.

Der Staatsstreich. Yuanhsun hat es abgelehnt, nach Peking zu kommen. Die Aufständischen wollen eine Vertreterversammlung nach Tientsin berufen, um eine einstweilige Regierung mit einem Diktator als Vorsitzenden einzusetzen.

Aus dem Gerichtssaal.

Auch ein Erfolg einer Verteidigungsrede. In einer süd-deutschen Residenzstadt — erzählt der „Simplizissimus“ — spielte sich kürzlich vor der Strafkammer ein großer Diebstahlprozess ab. Es war aus dem Vorratskeller der sogenannten besseren Stadteile gestohlen worden, was das Zeug hielt: Fleisch, Speck, Schinken, Butter, geräucherter Fisch, Marmeladen, Eier. Einer der Verteidiger resümierte sich in seinem Plädoyer etwa wie folgt: „Wohl hat sich mein Klient vergangen, aber er hat es im Interesse der notleidenden Allgemeinheit getan; er hat mitgenommen, was er tragen konnte; er hätte noch mehr fortgeschleppt, aber er konnte nicht so viel tragen. Er hat das Gestohlene an die notleidende Menschheit zu ganz normalen Preisen verkauft. Wenn ich mir die Anklageschrift ansehe, so finde ich bei den Bestohlenen den Herrn Landgerichtsrat N., Oberlandesgerichtsrat M., Geh. Finanzrat P., Professor Q. — lauter Namen von gutem Klang. Diese Herren haben dem Kasse der Obrigkeit nach Ablieferung eines Teiles ihrer Massenvorräte nicht entprochen.“ Es läßt sich denken, daß diese Rede ihren Eindruck nicht verfehlte, und die Folge war denn auch, daß die — Diebe empfindlich bestraft wurden.

Der Getreidestieherprozess in Wosen. Im Prozess gegen den Kaufmann Schimkat und Genossen in Wosen, die wegen Getreidestiehlungen angeklagt waren, wurde der Kaufmann Schimkat einschließlich einer bereits gegen ihn erkannten Strafe zu sieben Monaten Gefängnis und 17700 M. Geldstrafe, der Mühlenseliger Theodor Galinski zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verhandlungen gegen den Rittergutsbesitzer Theophil Galinski wurden vertagt. Der Staatsanwalt hatte gegen Schimkat 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 21360 M. Geldstrafe, gegen Theophil Galinski 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 253450 M. Geldstrafe, und gegen Theodor Galinski 3 Monate Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust und 252600 M. Geldstrafe beantragt.

Aus Nah und Fern.

Geheime Waldbrände. Die seit Wochen in ganz Rußland währenden Waldbrände beginnen sich zu einer allgemeinen Gefahr für das Land zu entwickeln. In der Umgebung von Krasnojarsk sind 200 Ar kostbaren Waldes verbrannt. Die Soldaten und Bauern verhalten sich gleichgültig. Vielfach werden die Brände den Städten gefährlich.

Verteuerung Berliner Zeitungen. Die Vereinigung großstädtischer Zeitungserleger, v. B., erläßt folgende Erklärung: Die andauernde Steigerung der Preise aller für die Herstellung von Zeitungen benötigten Rohstoffe: Papier, Metall, Fette, Farben usw., und aller Betriebskosten haben die Zeitungserleger genötigt, Preissteigerungen zu beschließen. Diese Preissteigerungen auf die Anzeigenpreise eintreten zu lassen und infolge der immer stärker werdenden Papiernot und der dadurch bedingten Raumersparnis eine Vermehrung der Anzeigenpalten einzuführen.

Der Kommerzienrat als Kriegswahner. In Düsseldorf waren, wie schon berichtet, der Kommerzienrat Hermann Schönborn und der Spektator H. Daniels verhaftet, der erste gegen eine Kaution von 2 Millionen Mark, der zweite gegen 100 000 M. wieder auf freien Fuß gesetzt; dann aber sind beide wieder in Haft genommen worden. Die Verhafteten hatten in Holland Zigarren in großen Massen aufgekauft, um sie an das Rote Kreuz, die Freiwillige Liebestätigkeit, an Stadterweiterungen, Lazarette usw. zu bedeutend erhöhten Preisen, zum Teil auch unter weiterer Berechnung von Konjunkturgewinnen loszuschlagen. Schönborn ist konjunkturieller und Bodenpekulant; mit dem Zigarrenhandel hatte er bisher nie etwas zu tun gehabt. Das Schlimmste ist, daß er dem Roten Kreuz, das er übervorteilte, als Vorstand mitglied angehört. Schönborn und sein Bruder haben in Düsseldorf einen außerordentlich großen Einfluß, der sich während des Krieges so steigerte, daß man, wie das „Düsseldorfer Tageblatt“ schreibt, mitunter glauben mochte, sie seien die „heimlichen Könige von Düsseldorf“. Dies Blatt schlägt nun Alarm, weil von „amtlichen und anderen Stellen“ Bemühungen im Gange seien, den Kommerzienrat weiß zu waschen; „im Namen der öffentlichen Moral“ fordert das Blatt, daß „von keiner amtlichen Stelle“ in das Verfahren eingegriffen oder Stimmung zu machen versucht werde; es dürfe nicht der Schatten eines Unschickes möglich sein, als ob man in Düsseldorf nur die kleinen Diebe hängen wolle.

Der französische Tenor im Kartoffelader. Der Würfel des Kriegsgottes schafft nie geahnte Zufälligkeiten des Lebens. Der „Deutschen Volkszeitung“ in Hannover wird von einem Leser geschrieben: Eine Wanderung führte mich kürzlich durch ein Dorf in der Nähe unserer Stadt. Einmal geht mein Weg durch die in prächtigem Grün stehenden Kartoffelkulturen. Aus dem herrlichen Grün klingen plötzlich herrlich gelungene Melodien an mein Ohr, so schön, daß sie nur von geliebter, edler Stimme gelungen sein können. Ich kam näher: in der Tat vorzügliche Musik, Arien aus „Jas und Zimmermann“. Wohl war mir die reizende Melodie verständlich, nur die Worte schienen gar fremd. Nun sehe ich's: die rote Rose leuchtet von weitem, ein kriegsgefangener Franzose singt dort in der Einsamkeit so herrlich. Ein des Weges kommender Bauersmann bringt mir in seiner vollstimmlichen Art des Rätsels Lösung: „Ja, die kann ganz banzig singen, he hett in Paris in'n Theater all jümmer Komödie makt.“ — Das Schicksal hatte dem Künstler die Kartoffelkulturen in die Hand gezwungen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schmarck, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.